

vpod

Bildungspolitik

Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Bildung und Arbeit ermöglichen!

Petitionsübergabe

Geflüchtete
haben das Wort



Sektion Zürich Lehrberufe

vpod
zürich

Pflichtlektion

weiz» muss das Recht
den Anspruch auf
lung für alle gewähr-
ten, unabhängig vom
fenthaltsstatus und
tsprechend dem
weiligen Potenzial.

Inhalt

: Geflüchtete Kinder u
ihre Familien sollen sch
in kindergerechte
Wohnungen und in die
Regelklassen der Volks-
schule integriert werden

Bildung

für alle

jetzt!

Bildung

für alle

jetzt!



Zeitschrift für
Bildung, Erziehung
und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 224
November 2021

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar: vpod-bildungspolitik.ch

Bildungszugang

Zum Stand der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!».

04 Bildung und Arbeit für Geflüchtete ermöglichen!

Die Petition wurde mit 19209 Unterschriften dem Bundesparlament übergeben.

06 Zugang zu Bildung verbessern

Eindrücke der Medienkonferenz vom 22. September 2021.

10 Wie weiter?

Überlegungen zur Halbzeit der Kampagne.

12 Geflüchtete haben das Wort

Berichte von erschwerten Bildungswegen im Kanton Zürich.

14 Zugang zu Bildung unabhängig vom Aufenthaltsrecht!

Résumé des SBBA-Fachberichts.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitglieder- magazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Männer als Kindergartenlehrpersonen
- Für eine rassismussensible Schule
- Lehrpersonen gesucht?
- 10ni-Pause

Aktuell

19 Integration mit digitalen Mitteln

Die Sprachlernapp «LingvisPlay».

21 Danke, Schweiz!

Der Verein «Educaton for Integration» unterstützt auch arbeitslose Lehrerinnen in Afghanistan.

27 Blick zurück und voraus

Die Kolumne des VSoS.

28 Disziplin in der Schule

Weiterentwicklung des Unterrichts vonnöten.

31 Zuschriften

Zur Zertifikatspflicht an den Hochschulen.

Buch und Film

23 Von Flucht und Ankommen

Eine Bücherauswahl mit Betroffenenberichten und Analysen.

24 Scenes from a dry city

Ein Film über die Wasserkrise in Kapstadt.

26 Reform und Profitinteresse

Richard Münchs Analyse des «bildungsindustriellen Komplexes».

30 Macht des Charlatans

Manipulation von der Renaissance bis ins frühe 19. Jahrhundert.

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67

Postfach 8279, 8036 Zürich

Tel: 044 266 52 17

Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)

Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh

Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn

Titelseite Foto: Stéphane Canetta

Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 225:

24. Januar 2022

Auflage Heft 224: 3500 Exemplare

Zahlungen:

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

David Bärtschi, Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach, Markus Holenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Béatrice Stucki, Ruedi Tobler, Yvonne Tremp (Präsidentin), Peter Wanzenried

Beteiligt an Heft 224

Nusret Onur Akpek, Kholoud Alhaj Ali, Mohsen Babaie, Jannai Balikavlayan, Daniel Barth, Ladina Blaser, Tobias Heiniger, Liselotte Lüscher, Ruth Kunz, Lorenz Lüthi, Cornelia Maccabiani, Daniela Martins, Martin Stohler, Markus Truniger, Monika Wicki, Sabine Zurschmitten

Basel-Stadt ist für die Deutschschweiz in einigen Fragen des Bildungszugangs von Migrant*innen vorbildlich. So stellt die SFM-Studie «Bildungsmassnahmen für spät eingereiste Jugendliche und junge Erwachsene» fest, dass in Basel alle Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren statusunabhängig Anspruch auf eine nachobligatorische Ausbildung haben. Jugendliche, die neu in die Schweiz eingereist, aber nicht mehr schulpflichtig sind, profitieren von einem integrativen Brückenangebot, in dem sie bis zu zwei Jahre Deutsch lernen und ihr Berufsziel entwickeln können. Individuelles Coaching erhalten sie zudem im Rahmen des «Gap – Case Management Berufsbildung», dessen Kosten das Erziehungsdepartement übernimmt.

Doch ist das Recht auf Bildung in Basel tatsächlich für alle jungen Menschen von 16 bis 25 Jahren gewährleistet? Gemäss der Schilderung der «Anlaufstelle für Sans-Papiers» kam es in der Stadt Basel zu folgendem Vorfall: «Was als harmloser Ausflug in die Basler Innenstadt begann, endete für Tayo Mbye am 9. September im Gefängnis. Denn wie jede*r Schüler*in in Basel, sollte auch er an diesem Tag die Stadtgeschichte und wichtige Bauten kennenlernen. Deshalb machte sich die Klasse vom Schulhaus in Richtung Innenstadt auf. Ein Teil der Klasse ging vor und wartete an der Schiffflände auf die zweite Gruppe und die Lehrperson. Tayo Mbye war mit seinen Schulkamerad*innen zuerst am abgemachten Treffpunkt. Kurze Zeit nach der Ankunft hielt ein Polizeiwagen neben den Schüler*innen. Die Polizisten stiegen aus und verlangten ausschliesslich von Tayo Mbye, dass er sich ausweise. Als die Lehrperson mit den restlichen Schüler*innen ankam, intervenierte sie sofort. Doch die Polizisten liessen die Lehrperson nicht zu Wort kommen. Sie nahmen Tayo Mbye mit auf den Polizeiposten. Seither ist er in Haft.»

Ein Vorfall, der viele Fragen aufwirft. Wenn der einzige Schwarze an der Schiffflände von der Polizei kontrolliert wird, dann ist der Verdacht auf rassistisches Profiling naheliegend. Und dass die Basler Polizei hier das Recht eines Schülers auf Bildung missachtet, ist offensichtlich. Der VPOD Region Basel reagierte sofort nach Bekanntwerden mit der Medienmitteilung «Schule muss ein geschützter Raum bleiben!», in der er die Destruktivität von Polizeikontrollen während des Unterrichts zu Recht kritisiert. Schülerinnen und Schüler wie auch ihre Lehrpersonen brauchen den geschützten Raum Schule, um sich auf das Lernen konzentrieren zu können. Ein Vorgehen wie das der Basler Polizei führt dazu, dass Lehrpersonen sich genau überlegen müssen, ob der Aufenthaltsstatus ihrer Schüler*innen bestimmte Lernsettings wie Ausflüge ausschliesst.

Der Sprecher der Basler Kantonspolizei, Adrian Plachesi, stellte sich jedenfalls hinter den Verstoß gegen das Recht auf Bildung, ihm zufolge schütze ein Schulausflug «insbesondere erwachsene Personen ohne Aufenthaltsrecht nicht vor Strafverfolgung oder Personenkontrollen.» Vom Basler Erziehungsdepartement gab es zu dem Vorfall keine offizielle Stellungnahme. Einzig einem Tweet des Erziehungsdirektors Conradin Cramer war zu entnehmen, dass «die Basler Schulen das Grundrecht auf Bildung jeden Tag verwirklichen, für alle jungen Menschen in Basel, vorbehaltlos und unabhängig vom Aufenthaltsstatus.» Was tatsächlich gilt, wird sich auch daran zeigen, ob Tayo Mbye wieder freikommt und weiterhin an dem Basler Brückenangebot teilnehmen kann – oder ob er nun ausser Landes geschafft wird. Auch hier zeigt sich, wie wichtig unsere Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» tatsächlich ist, die in der vorliegenden bildungspolitik 224 vorgestellt wird.



Johannes Gruber
vpod bildungspolitik



19209

UNTERSCHRIFTEN

Bildung und Arbeit für geflüchtete Menschen ermöglichen!

Am 22. September wurde die Petition der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» mit 19209 Unterschriften dem Bundesparlament in Bern übergeben.

Für geflüchtete Menschen ist der Zugang zu Bildung ungenügend, dieser muss dringend verbessert werden. Seit Jahren engagieren sich VPOD-Lehrpersonen dafür, dass das Recht auf Bildung für Geflüchtete auch in der Schweiz umgesetzt wird. 2019 organisierten wir gemeinsam mit Solidarité sans frontières Sosp die Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation», an der wir die Hürden beim Bildungszugang für Geflüchtete analysierten. Kurz darauf verabschiedeten wir unser Forderungspapier «Gleichwertige Bildung für alle – Keine Diskriminierung von Geflüchteten!».

Breite Kampagne

Die Frage, welche Forderungen es braucht, ist alles andere als trivial. Die Bildungsgeschichten von Geflüchteten zeigen, dass diese sehr unterschiedliche Schwierigkeiten haben, wenn sie ihr Recht auf Bildung

wahrnehmen möchten: verschieden je nach Herkunftsland, Bildungshintergrund, Geschlecht und Aufenthaltsstatus.

Vor einem Jahr haben wir unsere Kampagne gestartet: Weil wir der Ansicht sind, dass gerade bei der Bildung niemand ausgegrenzt werden darf, heisst die Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» und ist dementsprechend thematisch breit aufgestellt: Wir engagieren uns für einen einfacheren Bildungszugang von Geflüchteten, Asylsuchenden, Abgewiesenen und Sans-Papiers auf allen Bildungsstufen.

Neben dem Unterschriftensammeln für die eingereichte Petition haben wir eine ganze Reihe von Veranstaltungen in verschiedenen Regionen der Schweiz durchgeführt: im Juni in Genf und Schaffhausen, nach der Sommerpause in Bern, Davos, Biel, Fribourg und Zürich. Ziel war es jeweils, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, die Geflüchteten

selbst zu Wort kommen zu lassen und einen Dialog mit politischen Verantwortungsträgern vor Ort zu beginnen.

Und wir haben auch auf Bundesebene Kontakte zu Parlamentarier*innengeknüpft. Unterstützt werden wir etwa von den Nationalrätinnen Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Sandra Locher Benguerel (SP) sowie vielen weiteren, mit denen wir fraktionsübergreifend zusammenarbeiten.

Erste Interpellationen widmeten sich Fragen der Beschulung in den Bundesasylzentren, des Ausbaus der Berufsvorbereitungsangebote nach Ende der Schulpflicht sowie der allgemeinen Sprachförderung.

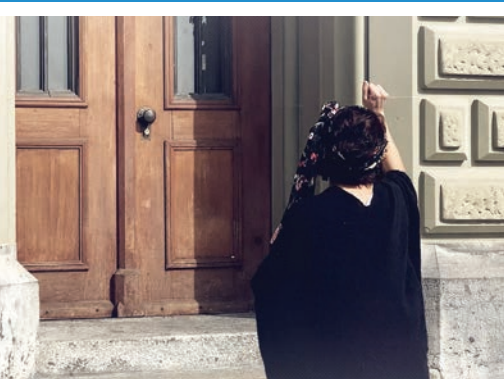
In seinen Stellungnahmen zu unseren Vorstössen vertritt der Bundesrat die Ansicht, dass nun mit der Umsetzung beschleunigter Asylverfahren und verstärkter Integrationsmassnahmen die angesprochenen Probleme besser gelöst werden können. Weil wir diese



Kurzfassung der Petition

Wir fordern von National- und Ständerat sowie vom Bundesrat und von den Kantonen:

1. Die «Integrationsagenda Schweiz» muss das Recht und den Anspruch auf Bildung für alle gewährleisten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und entsprechend dem jeweiligen Potenzial.
2. Primar- und Sekundarstufe I: Geflüchtete Kinder und ihre Familien sollen schnell in kindergerechte Wohnungen und in die Regelklassen der Volksschule integriert werden.
3. Sekundarstufe II: Junge Geflüchtete im nachobligatorischen Alter brauchen vollwertige und vollzeitliche Ausbildungen, grosszügigere Berufsvorbereitungsprogramme und Förderung und Ermutigung, bei Eignung auch für das Gymnasium.
4. Wer sich in einer Ausbildung befindet, soll diese abschliessen können, auch wenn ein negativer Asylentscheid getroffen wird.
5. Hochschulen: Der Bund, die Kantone und die Hochschulen müssen dafür sorgen, dass Geflüchtete mit guter Vorbildung beim Zugang zu Hochschulen unterstützt und mitgebrachte Diplome besser anerkannt werden.
6. Weiterbildung: In der digitalisierten Wissensgesellschaft sind Altersbegrenzungen in der Bildung unsinnig. Alle Menschen, insbesondere auch Geflüchtete, sollen Bildungsangebote auch im Erwachsenenalter in Anspruch nehmen können.



Einschätzung als beschönigend betrachten und auf konkreten Verbesserungen beim Bildungszugang beharren, gab es auch in der Herbstsession Vorstösse wie eine Interpellation für den «Gleichberechtigten Zugang zur Schule für Kinder und Jugendliche aus Bundesasylzentren» (BAZ) und eine Motion für eine Ausweitung der Berufsvorbereitungsangebote.

Das Entscheidende kommt noch

Unsere Kampagne wird noch bis Ende Juli 2022 weitergeführt. Jetzt, nach einem Jahr, ist also Halbzeit. Wir haben viel Grundlagenarbeit geleistet und Kontakte geknüpft. Doch das Entscheidende kommt noch: Das Durchsetzen wirklicher Erleichterungen beim Bildungszugang für Geflüchtete.

Um diese tatsächlich zu erreichen, werden wir im nächsten Jahr weitere parlamentarische Vorstösse anregen im Bereich der obli-

gatorischen Schule und Sekundarstufe II, der Hochschul- und Weiterbildung. Wir werden weiter in den Regionen Veranstaltungen durchführen, um auch vor Ort auszuloten, welche konkreten Schwierigkeiten Geflüchtete bei der Umsetzung ihrer Bildungsziele haben, und um politische Wege zu finden, ihren Bildungszugang zu vereinfachen.

Unser Netzwerk wird immer grösser, auch was die Organisationen betrifft: Zu Beginn waren es vor allem die Gewerkschaft VPOD, Solidarité sans frontières Sosp und der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS, die die Kampagne getragen haben. Inzwischen sind weitere hinzugekommen wie die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht. Mittlerweile werden wir von mehr als 20 Organisationen unterstützt. Aktiv wirken zahlreiche Fachpersonen aus dem Bildungs- und Integrationsbereich, engagierte Freiwillige aus

zivilgesellschaftlichen Organisationen und betroffene Geflüchtete mit.

Besonders wichtig ist uns die Zusammenarbeit mit einem Projekt von «Unsere Stimmen» des NCBI: dem «Flüchtlingsparlament». In diesem kommen die Geflüchteten selbst zu Wort und erheben eigene Forderungen. Durch die Kooperation mit dem «Flüchtlingsparlament» wird die Partizipation Geflüchteter an unserer Kampagne weiter ausgebaut. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in unserer Kampagne ist eine grosse Chance, dass durch unsere gemeinsame Kampagnenarbeit ein neuer politischer Akteur entsteht, der sich zukünftig immer wieder zu Wort meldet, wenn es um die Umsetzung des Rechts auf Bildung für Geflüchtete geht: Bildung für alle – jetzt!

Johannes Gruber, Co-Kampagnenleiter, VPOD



Zugang zu Bildung verbessern

An der Medienkonferenz vom 22. September 2021 präsentierten Vertreter*innen des Komitees die Anliegen der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» und Geflüchtete erzählten ihre Bildungsgeschichte. Die anwesenden Nationalrätinnen Sandra Locher Benguerel, SP, und Katharina Prelicz-Huber, Grüne, stellten ihre parlamentarischen Vorstösse für einen besseren Bildungszugang vor.

Geflüchtete Menschen sollen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus – im Rahmen ihrer Interessen und Potentiale – Zugang zu Bildung haben und gleichwertige Ausbildungen wie andere Menschen in der Schweiz absolvieren können. Davon profitieren nicht nur Geflüchtete, sondern auch Gesellschaft und Wirtschaft. Um den hohen Ausbildungsbedarf von geflüchteten Menschen zu decken, schlägt der Verein «Bildung für alle – jetzt!» in den sechs Forderungen der Petition Massnahmen für alle Bildungsstufen vor.

Die Geflüchteten Mohsen Babaie, Kholoud Alhaj Ali und Nusret Onur Akpek berichteten an der Medienkonferenz über ihre Bildungsziele und die Hindernisse, denen sie sich gegenübersehen (vgl. S. 7-9). Sabine Zurschmitt, Co-Leiterin der Kampagne / Perspektiven-Studium, VSS, stellte die individuellen Erfahrungen der drei in den Kontext des Schweizer Bildungssystems und analysierte exemplarisch, welche Hürden beim Bildungszugang durch welche Massnahmen abgebaut werden müssen (vgl. S. 7-9).

Nationalrätin Sandra Locher Benguerel hat in der Herbstsession eine Interpellation

zur Schule für die Kinder aus den Bundesasylzentren eingereicht. An der Medienkonferenz führte sie aus, dass «gemäss UNO-Kinderrechtskonvention und Bundesverfassung das Grundrecht auf Bildung uneingeschränkt umgesetzt werden muss.» Sie betonte, dass dies leider heute noch nicht immer der Fall sei und deshalb die Schweiz in der Pflicht stehe. Grundsätzlich sollte spätestens nach einem Jahr in einer Heimschule der Übertritt in eine Regelschule erfolgen. Je früher dieser erfolge, desto besser ist dies für die Entwicklung der Kinder. Sandra Locher Benguerel ist für die Koordination der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» im nationalen Parlament verantwortlich.

Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin und Präsidentin des VPOD, hat eine Motion für flexiblere Regelungen der Berufsvorbereitung auf den Weg gebracht. Viele Zugewanderte sind hochmotiviert, eine qualifizierte Ausbildung zu machen, stehen aber häufig vor unüberwindbaren Hürden: Neben dem Mangel an bedarfsgerechten Angeboten nach Ende der Schulpflicht scheitern viele an administrativen Einschränkungen wie Aufenthaltsrecht, Altersobergrenze,

Wohnkanton, Finanzierungsproblemen und diskriminierenden Zulassungskriterien. Katharina Prelicz-Huber zitierte aus einer Studie, dass in der Schweiz 40 Prozent der spät zugewanderten Personen von 16-24 Jahren keinen Abschluss auf Sekundarstufe II haben und weder in Ausbildung noch erwerbstätig seien. Ihre Motion sei ein wichtiger Beitrag, um Hürden beim Bildungszugang abzubauen. Handlungsbedarf gebe es, wie Katharina Prelicz-Huber weiter ausführte, auch bei der Diplomanerkennung: «Aus gewerkschaftlicher Erfahrung wissen wir, dass in der Gastro, auf dem Bau und in der Reinigung sicher ein Drittel hochqualifizierter Migrant*innen, die aufgrund fehlender Papiere bzw. deren Nicht-Anerkennung als qualifizierter Abschluss, im Tieflohnbereich als Ungelernte arbeiten».

Die nationale Kampagne wird noch bis Ende Juli 2022 weitergeführt werden. In Zusammenarbeit mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern werden weitere Vorstösse im nationalen und in kantonalen Parlamenten folgen.

Text: «Bildung für alle – jetzt!»



Sabine Zurschmitt, Co-Kampagnenleiterin, Perspektiven-Studium / VSS



Nationalrätinnen **Sandra Locher Benguerel**, SP, und **Katharina Prelicz-Huber**, Grüne

«Auf jeden Fall eine Ausbildung machen»

Mohsen Babaie, 22, kommt aus Afghanistan und ist seit 15 Monaten in der Schweiz. Soeben hat er die Aufenthaltsbewilligung B bekommen.



Zur Schule konnte ich nicht gehen. Als mein Vater ermordet wurde, war ich neun Jahre alt. Meine Mutter hatte wieder geheiratet, sie konnte mir nicht helfen. So habe ich für einen Mann des Nachbardorfes als Hirte gearbeitet. Brötchen, Milch und Joghurt waren mein Lohn.

Als ich mit 14 Jahren geflüchtet bin, habe ich zum ersten Mal in meinem Leben ein Auto gesehen. Auf der Flucht habe ich lesen und schreiben gelernt. In Griechenland bin ich zum ersten Mal in die Schule gegangen, wo ich die

Grundlagen der Mathematik gelernt habe.

In der Schweiz bin ich schliesslich in Rüti gelandet, wo die Kirche einmal pro Woche Deutschunterricht anbietet, was allerdings durch Corona unterbrochen wurde. Dann hat mich die Sozialarbeiterin für den A2-Kurs bei Solinetz angemeldet. Da habe ich jetzt gerade die Zertifikatsprüfung bestanden.

Nun muss ich natürlich noch besser Deutsch lernen. Die Gemeinde hat mir jetzt angeboten, mir einen Kurs zu finanzieren. Ich muss aber zuerst eine neue Wohnung finden. Auf jeden Fall möchte ich eine Ausbildung machen. Was genau, weiss ich noch nicht. Sicher nicht in einem Büro, sondern unter freiem Himmel.

Weil ich als Kind sehr auf mich allein gestellt war, fühle ich anderen Menschen gegenüber immer eine gewisse Scheu. Zu schaffen macht mir ausserdem, dass die Menschen hier keine Zeit füreinander haben, weil sie immer beschäftigt sind. Ob ich meine Scheu jemals ganz loswerden kann?

- Mohsen Babaie

«Bildungszugänge sind in der Schweiz stark vom Aufenthaltsstatus abhängig»

Die Geschichte von Mohsen Babaie ist kein Einzelfall. Bildungszugänge sind in

der Schweiz stark vom Aufenthaltsstatus abhängig – je prekärer der Aufenthaltsstatus, desto beschränkter sind die Zugänge zu Bildungs- und Förderangeboten. Hier zeigt sich das ganz deutlich am Beispiel der Sprachförderung. Die fallführende Stelle hat Mohsen Babaie keinen Zugang zu einem kostenpflichtigen Deutschkurs gewährt und ihn an Freiwilligenorganisationen verwiesen, die gratis Kurse für Geflüchtete anbieten. So hat er zunächst nur mit Hilfe der Kirche und dem Solinetz ein A2-Deutschzertifikat erreicht. Viele Geflüchtete in der Schweiz – insbesondere Personen mit einem Status N, also Asylsuchende, Abgewiesene und Sans-Papiers, erhalten Sprachkurse nur dank der Freiwilligenarbeit, die zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Solinetz, die Kirche und andere leisten.

Um jedoch an der Gesellschaft teilhaben zu können, sind Kenntnisse in einer Landessprache eine wichtige Voraussetzung. Trotzdem ermöglichen viele Gemeinden bzw. Betreuungsorganisationen den Geflüchteten keinen oder nicht ausreichenden Zugang zu Sprachkursen. Oder wie das Solinetz dazu schreibt, das mit seinen Deutschkursen in diese Lücke springt: «Das Engagement des Solinetzes für Geflüchtete bewegt sich im Spannungsfeld von unbezahlter Übernah-

me staatlicher Aufgaben und politischem Widerstand.»

Wir fordern deshalb in der ersten Forderung unserer Petition das Recht auf Bildung für alle. Die Integrationsagenda muss das Recht auf Bildung für alle Geflüchteten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, gewährleisten. Dieses Recht auf Bildung für alle Aufenthaltsstatus – das bereits für die Volksschule gilt, muss neu auch auf allen anderen Stufen des Bildungssystems gelten. Wir fordern weiter in der Forderung 6 zur Weiterbildung, dass alle Personen in der Schweiz, insbesondere auch Geflüchtete, dabei unterstützt werden sollen, um bei Bedarf schulische Grundbildung nachzuholen und Sprachkurse bis Niveau C2 zu besuchen (falls dies gewünscht ist und angezeigt ist).

Mohsen Babaie hat erst nach 13 Monaten eine B-Bewilligung erhalten, und erst jetzt hat die Gemeinde ihm erstmals angeboten, einen weiterführenden Sprachkurs zu finanzieren. Diesen braucht er auch, wenn er, wie er sagt, «auf jeden Fall eine Ausbildung machen möchte, bei der er unter freiem Himmel arbeiten kann!»

Mit seiner B-Bewilligung ist er jetzt in der Behördensprache eine «zu integrierende Person». Das heisst, er hat nun das Recht, sich seinem Talent und seinen Interessen entsprechend ausbilden zu lassen. Damit junge Geflüchtete wie Mohsen Babaie gleichberechtigt an einer Berufsbildung teilnehmen können, braucht es aber spezifische Massnahmen und bedarfsgerechte Förderangebote. Deshalb fordern wir in der

Forderung 3 der Petition, die sich auf die Sekundarstufe 2 bezieht, dass junge Geflüchtete im nachobligatorischen Alter vollwertige und vollzeitliche Ausbildungen erhalten. Die Berufsvorbereitungsprogramme müssen grundsätzlich bei individuellem Bedarf auf zwei Jahre verlängert werden können und die entsprechende Alterslimite muss auf 30 Jahre erhöht werden. Zudem sollen für das Gymnasium geeignete Geflüchtete auch auf diesem Bildungsweg gefördert und ermutigt und nicht in eine Berufslehre gezwungen werden.

Sabine Zurschmitt, Co-Kampagnenleiterin, Perspektiven-Studium, VSS

«Meine Berufsfindung ist ein steiniger Weg»

Kholoud Alhaj Ali, 23, kommt aus Syrien. Seit mehr als zweidreiviertel Jahren ist sie in der Schweiz, sie hat den Aufenthaltsstatus F.



in einem Spital geschnuppert. Danach habe ich entschieden, einen ganz anderen Weg einzuschlagen. Das erste Problem im Spital ist schon mein Kopftuch. Das kann ich nicht wirklich verstehen. Ich zeige mein Gesicht ebenso wie alle hier und trage helle oder farbige Tücher. Mit der Atmosphäre im Spital hatte ich Mühe. Die Menschen sind hier verwöhnt, die Patienten scheinen mir überbetreut. Das hat wohl mit dem Wohlstand zu tun. Ein Stück weit fühle ich mich fremd und einsam in diesem Land. Deshalb habe mich gegen einen Beruf mit viel Menschenkontakt entschieden. Die Idee einer Ausbildung in der IT-Branche sagt mir zu. Aber noch habe ich keinen Ausbildungsplatz.

- Kholoud Alhaj Ali

In Syrien hatte ich Medizin studiert (5 Semester), wie alle, welche in der Maturaprüfung nicht mehr als 3 von 290 Punkten verfehlen. In der Schweiz habe ich mir Deutsch zunächst selbst beigebracht, nachher lernte ich bis C1 bei Solinetz. Seit einem Jahr habe ich ein Coaching bei Heks-Mosaik. Meine Berufsfindung ist ein steiniger Weg. Ich brauchte einige Zeit, um zu verkraften, dass ich mit F-Status mein Medizinstudium nicht wiederaufnehmen durfte. Von einem Studium der Biomedizin wurde mir abgeraten mit dem Hinweis, dass dazu eine harte Vorprüfung, unter anderem in drei Landessprachen, nötig sei. Später stellte sich heraus, dass das nur zwei Landessprachen betraf, immer noch eine hohe Hürde. Operationstechnik wurde als Alternative vorgeschlagen. Deshalb habe ich

«Die Zulassung zum Medizinstudium ist für Geflüchtete nahezu unmöglich»

Auch Kholoud Alhaj Ali hat bisher keinen Zugang zu kostenpflichtigen Deutschkursen bekommen. Mit grosser Eigeninitiative, Durchhaltewillen und der Unterstützung des Solinetzes hat sie es geschafft, in zwei Jahren auf ein C1-Niveau zu kommen. Das ist bemerkenswert und zeugt von ihrem Sprachtalent und ihrer Ambition. Mit einem C1 in der Tasche bringt sie die sprachlichen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium in vielen Studienfächern mit. Sie hat bereits eine wichtige Hürde genommen, für die

andere wesentlich länger haben – erst recht, wenn sie kaum Unterstützung erhalten.

Viele Geflüchtete sind wie Kholoud Alhaj Ali hochmotiviert, ein Studium zu machen, stehen aber häufig vor unüberwindbaren Hürden – die allzu oft struktureller Natur sind. Viele scheitern zudem an Finanzierungsproblemen oder wie sie an administrativen Einschränkungen wie Aufenthaltsrecht und diskriminierenden Zulassungskriterien.

Kholoud Alhaj Ali wollte ihr in Syrien begonnenes Medizinstudium in der Schweiz fortsetzen. Jedoch sind die Studienplätze für ein Medizinstudium sehr teuer und sehr knapp. Man muss sich um einen Studienplatz bewerben und die Zulassungskriterien sind hart. Das musste auch sie erfahren, als man ihr mitteilte, dass man mit einem F-Status kein Medizinstudium machen darf. Zu sagen ist an dieser Stelle, dass die Zulassung zum Medizinstudium in der Schweiz mit einem F-Status nicht nur nicht vorgesehen ist, sondern dass die Realität zeigt, dass diese für alle Geflüchteten nahezu unmöglich ist.

In meinem Arbeitsalltag beim Projekt Perspektiven – Studium treffe ich häufig auf ausgebildete Mediziner*innen mit viel Praxiserfahrung im Ausland, z.B. aus Eritrea, Syrien oder der Türkei, deren Diplome nicht anerkannt und deren Kompetenzen nicht eingehend geprüft werden, um sie entsprechend einzustufen. Da liegt besonders viel Potential brach – eine Absurdität in Zeiten

des Fachkräftemangels im medizinischen Sektor während einer Pandemie.

Wir fordern deshalb in der Forderung 5 der Petition zur Tertiär- bzw. Hochschulbildung, dass der Bund, die Kantone und die Hochschulen dafür sorgen müssen, dass Geflüchtete mit guter Vorbildung beim Zugang zu Hochschulen unterstützt werden – etwa mit bedarfsgerechten Sprachkursen, Brücken- und Vorbereitungsprogrammen

sowie mit Stipendien. Die Spielräume für die Anerkennung ihrer mitgebrachten Diplome müssen von den Hochschulen genutzt und auf politischer Ebene erweitert werden. Es braucht Alternativen im Zulassungsverfahren (z.B. Eignungstests, assessments etc.), damit durch die Flucht verloren gegangene Diplome und nicht oder ungenügend dokumentierte Vorkenntnisse zur Anerkennung gelangen können.

Kholoud Alhaj Ali mit einem F-Status hat sich nun entschieden, einen anderen Weg einzuschlagen und eine Ausbildung in der IT-Branche zu absolvieren.

Sabine Zurschmitt, Co-Kampagnenleiterin
Perspektiven-Studium, VSS

«Meine Gemeinde sieht kein Studium vor»

Nusret Onur Akpek, 40, kommt aus der Türkei. Seit fast drei Jahren lebt er in der Schweiz, eine B-Bewilligung hat er seit einem Jahr.



Ich muss die Leute überzeugen und selbst eine Finanzierung organisieren.

Mein Ziel ist klar, meine Zukunft ungewiss. Ich versuche, die bestehenden Möglichkeiten optimal zu nutzen. Als Freiwilliger arbeite ich bei VoCHabular mit und habe bei Solinetz Winterthur unterrichtet. Eine Nachbarin lobte kürzlich meine gute Integration. Das machte mich glücklich. Ich möchte mich in dieser Gesellschaft gebraucht fühlen und meinen Beitrag leisten. Wir schauen nach vorne. Meine Frau ist viel selbständiger geworden, das freut mich sehr.
- Nusret Onur Akpek

Finanzierungshürde für Hochschulstudium

Auch in Nusret Onur Akpeks Bildungsbiografie spiegeln sich drei der Forderungen der Petition wider (F1, F5 und F6): Er hat sich einen Grossteil seiner Deutschkenntnisse bis zum C1-Niveau über Freiwilligenangebote angeeignet. Als Staatsanwalt mit zwei Masterabschlüssen gehört er eigentlich der Bildungselite an. In der Schweiz werden diese Bildungstitel jedoch nicht anerkannt, weshalb – wie viele Akademiker*innen mit Migrations- und Fluchthintergrund – einen beruflichen und sozialen Statusverlust hinnehmen musste und eine Dequalifizierung erlebt. Trotz aller Widrigkeiten ist Nusret Onur Akpek aber nicht resigniert: Er engagiert sich freiwillig, hat sich umorientiert und strebt nun eine Ausbildung als Sozialarbeiter an. Bereits aber die Suche nach einem Praktikum glied einem Spiessrutenlauf.

Wenn eine geflüchtete Person schliesslich eine Zulassung zu einem Regulärstudium schafft, stellt neben Semestergebühren und weiteren Studienkosten die allgemeine

Lebensfinanzierung eine grosse Herausforderung dar. Ein Studium wird bei Sozialhilfeabhängigkeit grundsätzlich nicht finanziert.

Anders gesagt, wenn alle anderen Hürden für die Zulassung zu einem Hochschulstudium überwunden werden können, bleibt meist noch die letzte übrig – und das ist eine riesige: nämlich, die Finanzierung. So geschehen auch bei Nusret Onur Akpek.

Seine Gemeinde sieht kein Studium vor. Bei unserer Anfrage im Dezember 2020 hat uns der Bundesrat zugesichert, dass ein Abschluss auf Tertiärstufe, das heisst ein Studium, in der Integrationsagenda als gangbarer Integrationsweg für anerkannte Geflüchtete und vorläufig aufgenommene Personen mit dem nötigen Willen und Potential vorgesehen ist. In der Praxis wird dieser Weg jedoch kaum aktiv von den zuständigen Betreuungspersonen bzw. Gemeinden gefördert. Vielmehr werden Leute in eine rasche Arbeitsmarktintegration gedrängt.

Der Zugang zu Stipendien stellt eine weitere Hürde dar. In den meisten Kantonen sind nur anerkannte Geflüchtete stipendienberechtigt, nicht aber vorläufig aufgenommene Personen und schon gar nicht Asylsuchende. In Kantonen, wo vorläufig aufgenommene Personen stipendienberechtigt sind, geht das sehr oft einher mit langen Wartefristen von fünf bis sieben Jahren, bevor überhaupt ein Gesuch gestellt werden kann. Es braucht deshalb auch in diesem Bereich deutliche Verbesserungen der Zugänge, damit Menschen wie Nusret Onur Akpek – wie er selbst sagt – sich in dieser Gesellschaft gebraucht fühlen und ihrem Potential entsprechend ihren Beitrag leisten können.

Sabine Zurschmitt, Co-Kampagnenleiterin,
Perspektiven-Studium / VSS

Bis zum Putschversuch 2016 war ich Staatsanwalt. Ich habe zwei Master abgeschlossen. In der Schweiz habe ich zunächst Deutsch in verschiedenen Freiwilligenkursen gelernt und das C1-Zertifikat gut bestanden. Als ich die B-Bewilligung erhielt, wurden mir zwei Gespräche im BIZ organisiert. Ich hatte mich vorher entschlossen, eine Ausbildung zur Sozialarbeit zu machen und liess mir die möglichen Wege aufzeigen.

Zuallererst braucht man ein Praktikum. Ich machte mich selbständig auf die Suche, schrieb zahlreiche Bewerbungen und wurde immer wieder enttäuscht. Zum ersten Mal habe ich die Türkei vermisst. Das sehe ich jetzt als eine Art geistige Flucht zurück. Vor lauter Stress bekam ich eine Gürtelrose. Inzwischen habe ich doch noch ein Praktikum für 7 Monate gefunden.

Nachher werde ich mich an einer Hochschule bewerben und ein Stipendium suchen. Meine Gemeinde sieht kein Studium vor. Irgendwie habe ich das Gefühl, es doch schaffen zu können.

Halbzeitbilanz

Eine Auswahl von Veranstaltungen und parlamentarischen Vorstössen im Rahmen der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!».

Es war ein weiter Weg von unserer Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation» im September 2019 bis zum Kampagnenstart im Oktober 2020 und der Petitionsübergabe «Bildung und Arbeit für Geflüchtete ermöglichen!» im September 2021. Als Vorbereitung der Kampagne galt es, an unseren inhaltlichen Positionen und Forderungen zu arbeiten, unser Netzwerk auszubauen und die Finanzierung sicherzustellen. Die Corona-Pandemie verzögerte den Kampagnenstart und veränderte unsere Arbeitsweise. 2021 wurden einige unserer regionalen Veranstaltungen nun digital oder in hybrider Form durchgeführt.

Veranstaltungen

- Wichtig für unsere Vernetzung mit Geflüchteten war im Juni 2021 unsere Teilnahme am Flüchtlingsparlament von «Unsere Stimmen» / NCBI.
- Auf Facebook fand in Zusammenarbeit mit «Coordination asile.ge» am 24. Juni die Diskussionsveranstaltung «Quelles perspectives de formation pour les jeunes débouté-es de l’asile à Genève?» statt.
- Auf Zoom folgte einen Tag darauf, am 25. Juni, das Forum «Bildungszugang für Geflüchtete: Herausforderungen und Lösungsideen für den Kanton Schaffhausen».
- Am 21. August war es uns möglich, in Zusammenarbeit mit dem Offenen Hörsaal Bern den Event «Hinschauen & Hinhören – gemeinsam die Zukunft gestalten!» in physischer Präsenz durchzuführen: mit einer interaktiven Installation und Videoporträts, Performance, Theatervorstellung und einem Konzert.
- Auch das Davoser Podiumsgespräch zum Thema «Inklusion von geflüchteten Kindern in die Regelklassen der Volksschule» fand am 7. September vor Publikum statt.
- Der runde Tisch «J’aimerais pouvoir travailler et être autonome financièrement» am 16. September in Fribourg hatte wiederum die Form einer Facebook-Veranstaltung.
- Nachdem die Zürcher Veranstaltung «Geflüchtete haben das Wort» zweimal abgesagt werden musste, konnte sie schliesslich am 18. September auf dem Hirschenplatz stattfinden (vgl. S. 12-14).

Bilder nach der Petitionsübergabe am 22. September 2021 vor dem Bundeshaus

Sophie Guignard, Co-Kampagnenleiterin, Sosp, gemeinsam mit Sherefedin Mussa, Flüchtlingsparlament, NCBI

Coline Ardouin, VSS

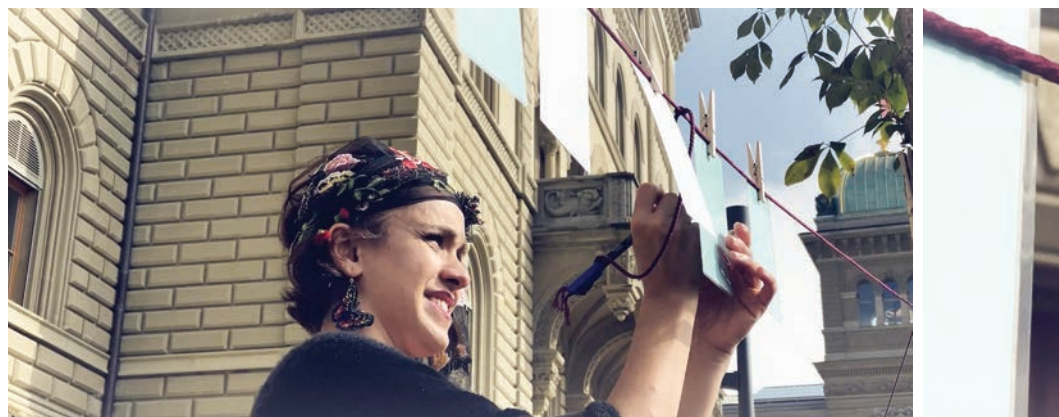
Markus Truniger, VPOD, im Interview mit 20 Minuten

Äusserungen von Geflüchteten, die iranische Künstlerin Zoya Mahallati beim Verfassen eines Wunsches.

Plenumsgespräch an der Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation» am 7. September 2019 in Bern

Podiumsdiskussion zum Thema «Inklusion von geflüchteten Kindern in die Regelklassen der Volksschule», 7. September 2021, Davos

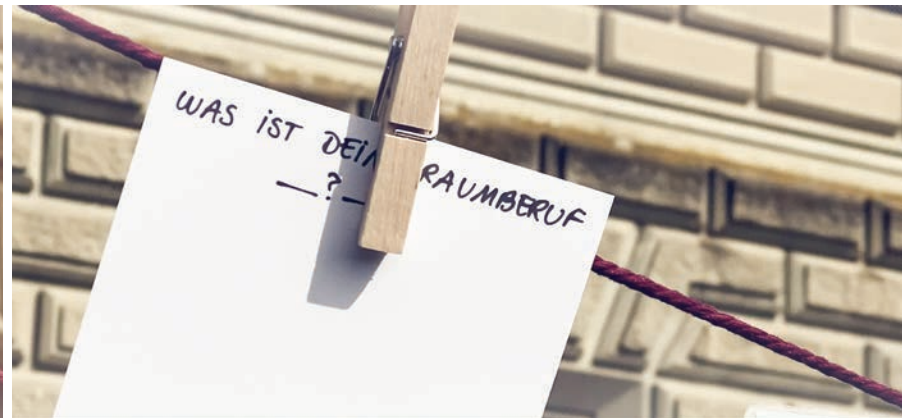
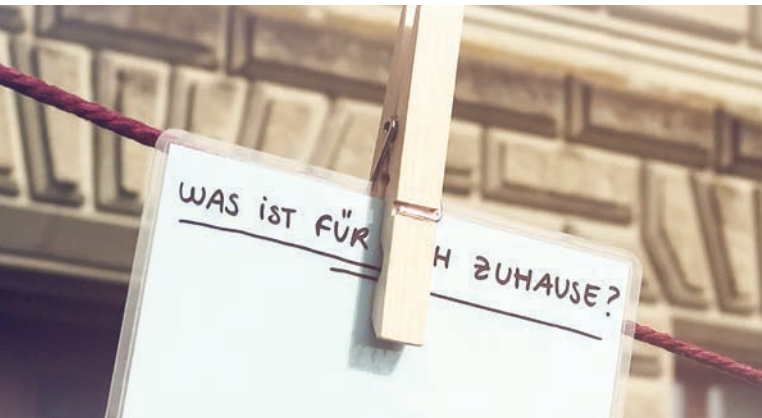
Runder Tisch zum Thema «Bildungszugang» mit einem Austausch von Geflüchteten und Fachpersonen am 16. September 2021, Fribourg



Parlamentarische Vorstösse

Bisheriger Höhepunkt unserer Kampagne war die Petitionseinreichung mit Performances und Medienkonferenz am 22. September in Bern (vgl. S. 4-9). Die eingereichte Petition bildet die Grundlage für politische Vorstösse von National- und Ständerät*innen, die die Kampagne für einen besseren Zugang zur Bildung für Geflüchtete unterstützen. Um dafür den Boden vorzubereiten, wurden Gespräche insbesondere mit Parlamentarier*innen verschiedener Parteien geführt, die Mitglieder der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) sind. Die Petition soll nun 2022 in der WBK beraten werden. Unser Ziel ist es, dass aus dieser weitere konkrete Vorstösse abgeleitet werden. Eine parteienübergreifende Gruppe von Parlamentarier*innen, die von Nationalrätin Sandra Locher, SP Graubünden, koordiniert wird, entwickelt Vorstösse auf der Ebene des Bundes. Bisher wurden folgende Interpellationen im Nationalrat eingereicht:

- 21.3105, Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel: Beschulung von Kindern und Jugendlichen in Bundeasylzentren (BAZ)
- 21.3041, Interpellation von NR Katharina Prelicz-Huber: Dauer der Berufsvorbereitung für junge Geflüchtete und Spätzugewanderte
- 21.3042, Interpellation von NR Katharina Prelicz-Huber: Frühförderung von Kindern mit Migrations- und Fluchterfahrung
- 21.3659, Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel: Monitoring Sprachförderung: Transparenz bei den Zugangskriterien zu finanzierten Sprachkursen von Geflüchteten in den Kantonen
- 21.3660, Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel: Stärkere Ausrichtung der Sprachförderung von VA/FI an individuelle Potentiale und die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts
- 21.4158, Interpellation von NR M. Atici: Hochqualifizierten Immigrierten mehr Chancen auf Bildung und eine gute Arbeit geben



Wie weiter?

Die bisher veröffentlichten Stellungnahmen des Bundesrats zu den Interpellationen, auch auf Fragen in den Fragestunden des Nationalrats, halten wir für unzureichend. Der Bundesrat kommt zu der Beurteilung, es gäbe zwar noch Probleme im Bereich der Bildung von Geflüchteten, doch seien bessere Strategien – mit beschleunigten Verfahren und verstärkten Integrationsmassnahmen für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene – schon in Umsetzung. Die Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» beharrt darauf, im Bundesparlament vorzuschlagen, dass für konkret bezeichnete Probleme auch konkrete Lösungen beschlossen werden.

Zuletzt wurde in der Herbstsession 2021 mit zwei Vorstössen nachgedoppelt:

1. Für eine gleichwertige umfassende Schule für alle Kinder in Bundesasylzentren bis zum Alter von 18 Jahren;
2. Für eine Anpassung der Regelungen der Berufsvorbereitung an die Bedürfnisse

von Geflüchteten (bei Bedarf eine Dauer von zwei Jahren, Ausschluss einer Alterslimite):

- 21.4051, Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel: Gleichberechtigter Zugang zur Schule für Kinder und Jugendliche aus Bundesasylzentren (BAZ)
- 21.4064, Motion von NR Katharina Prelicz-Huber: Dauer der Berufsvorbereitung für geflüchtete und andere spät Zugewanderte.

Im Rahmen der Kampagne werden wir die bildungspolitische Arbeit in den nächsten zwölf Monaten fortsetzen und weitere Vorstösse für einen besseren Zugang zur sprachlichen Bildung, zur Hochschule und zur Weiterbildung erarbeiten. Kantonale Partnerorganisationen werden zudem in kantonalen Parlamenten Vorstösse einbringen, die kantonale Zuständigkeiten betreffen. Es gibt unterdessen eine breite parteiübergreifende Zustimmung zum Grundsatz, dass sich eine Investition in die Bildung von Geflüchteten – sowohl für die Betroffenen als

auch volkswirtschaftlich – lohnt. Es braucht aber mehr als die Zustimmung zu diesem Grundsatz, klar bezeichnete Hürden auf dem Bildungsweg von Geflüchteten müssen jetzt abgebaut werden.

Text: «Bildung für alle – jetzt!»





Geflüchtete haben das Wort

Als Teil der nationalen Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» erzählten zwanzig Geflüchtete auf dem Hirschenplatz von erschwerten Bildungswegen im Kanton Zürich. Eine Auswahl der Beiträge drucken wir hier ab.

Flexiblerer Zugang zu den Schulen!

Zelalem, 19, aus Eritrea, seit mehr als zweieinhalb Jahren in der Schweiz

Physik ist mein Lieblingsfach in der Schule und seit langem ist mein Ziel an der ETH zu studieren und danach im Bereich Forschung zu arbeiten. Mein Wunsch ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene bessere Chancen zum Zugang an die verschiedenen Schulen bekommen.

Ganz am Anfang, als ich in der Schweiz ankam, bin ich in einen A-1 Deutschkurs für Erwachsene geschickt worden. Ich war ein paar Monate zu alt, um in die Sekundarschule aufgenommen zu werden und dann die Matura zu machen, so dass ich studieren könnte.

Meine Mitschüler waren alle viel älter als ich und haben viel langsamer gelernt. Das heisst, der Unterricht war zu langsam. Aus diesem Grund habe ich in meiner Freizeit die Autonome Schule Zürich besucht, um endlich mit der Sprache weiterkommen zu können.

Im September 2020 konnte ich dann einen einjährigen Vorbereitungskurs zur Erlangung des Sekundarschulabschlusses für Erwachsene an der Fachschule Viventa frequentieren. Daneben habe ich auch einen Vorkurs für die Aufnahmeprüfung bei der KME besucht. Als ich die Aufnahmeprüfung an der KME ablegen wollte, bekam ich leider die enttäuschende Mitteilung, dass ich folgende Bedingungen nicht erfüllen würde:

Nachweis abgeschlossener Berufslehre und Berufstätigkeit von mindestens drei Jahren. Diese Kriterien konnte ich situationsbedingt (Anwesenheitsdauer) nicht erfüllen.

Für andere kantonale Gymnasien war ich zu alt. Zum Glück hat ein flexibleres, privates Gymnasium eine Ausnahme gemacht, mich aufgenommen und seit einem Monat besuche ich dieses. Ich ersuche die Politiker, dass Regeln und Gesetze für den Eintritt in die Sekundarschule, das Gymi und andere Schulen flexibler gestaltet werden. Für Personen, die die Aufnahmebedingungen in zeitlicher Hinsicht nicht erfüllen können, müssten unbedingt Ausnahmeregelungen festgelegt werden.

Denn es ist ja nicht unsere Schuld, wenn wir als Kinder und junge Erwachsene relativ spät als Familiennachzug hierherkommen, so die zeitlichen Bedingungen nicht erfüllen können und dann einfach von den Schulen ausgeschlossen werden. Ich bin der Meinung, dass es da mehr gesunden Menschenverstand, Einfühlungsvermögen und Ausnahmeregelungen bräuchte. Es kann nicht sein, dass das Gesetz da überhaupt keinen Spielraum zulässt. Ich denke, da besteht Nachholbedarf.

Gebt uns eine Chance!

Yanchen, 23, aus Tibet, seit dreieinhalb Jahren in der Schweiz, abgelehnt

In Tibet ging ich drei Jahre zur Schule, danach unterrichtete mich mein Onkel. Als

ich 15 Jahre alt war, begann ich im elterlichen Kleidergeschäft zu arbeiten. Mit 19 Jahren kam ich in die Schweiz. In Zürich besuchte ich Kurse der AÖZ, bestand dort das B1-Zertifikat und besuchte ein 10. Schuljahr. Wegen meines N-Status musste die Suche nach einer Lehrstelle aufgegeben werden. Was mir blieb, war, mich auf das Deutschlernen zu konzentrieren. Erst bei Solinetz fand ich einen Kurs auf hohem Deutschniveau.

Inzwischen habe ich einen Mann aus Tibet geheiratet, den ich in der Schweiz kennengelernt habe. Deshalb ist ein Härtefallgesuch keine Option. Mein Mann hat die F-Bewilligung und hat gerade die Ausbildung beendet. Sobald er genug verdient und wir unabhängig von der Sozialhilfe sind, versucht er, mir eine Ausbildung zu ermöglichen. Es ist schwierig zu ertragen, dass ich so lange auf eine Ausbildung warten muss. Und wenn wir uns bewerben, sind wir die letzten, die man berücksichtigt. Es wäre nötig, dass man Menschen aus fremden Ländern offener begegnet und ihnen auch eine Chance gibt.

Schutz bei Gastfamilie

Sirus, aus Afghanistan, seit 5½ Jahren in der Schweiz, neuerdings F

In meinem Heimatland hatte ich die obligatorische Schulzeit von 12 Jahren absolviert und eine begonnene Krankenpflegerausbildung nach einem Jahr beendet. Es war mir nicht möglich, neben der Ausbildung

meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Ich musste ja fern von meinen Eltern in der Stadt leben. So wurde ich Schreiber bei der Polizei in meinem Heimatdorf. Formulare und ID-Karten schrieben wir von Hand. Das ist wohl dort heute noch so.

Nach einem Jahr in der Schweiz erhielt ich den ersten negativen Entscheid. Ich war in der Folge in Urdorf und Glattbrugg, zwischendrin auch wegen illegalen Aufenthalts im Gefängnis, einmal schon im Flugzeug zur Ausschaffung. 10 Monate habe ich mich bei einem Kollegen versteckt, dann fand sich eine Familie, die mich aufnahm. Da wohne ich immer noch.

In all den Jahren habe ich mir zunächst selber mit einer App Deutsch beigebracht, dann Solinetz-Kurse besucht. Da ich kontaktfreudig bin, ist das Schweizerdeutsch mir nicht mehr fremd.

Jetzt mit F-Ausweis dachte ich, es gehe nun vorwärts. Ich würde gerne den Sekundarschulabschluss machen und nachher eine Lehre. Mein Sozialberater wollte mich aber beim ersten Gespräch schnell wieder loswerden. Das hat mich sehr enttäuscht. Meine Gastfamilie hält Gott sei dank zu mir. Sie begleitet mich auch zu wichtigen Gesprächen. Ich werde auf jeden Fall alles daransetzen, eine gute Ausbildung zu machen und weiterzukommen.

Deutsch ist wichtig!

Kiymet

Ich komme aus der Türkei, habe Chemie studiert und als Lehrerin gearbeitet. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich bin eine von Tausenden von Menschen, die vor fünf Jahren in der Türkei flichter wurden. Darum musste ich mein Land verlassen. Und diese Flucht war ein Wendepunkt in meinem Leben. Kurze Zeit war ich in Griechenland, nun lebe ich seit zwei Jahren in der Schweiz.

In den ersten sechs Monaten habe ich Deutsch A1 aus eigener Kraft abgeschlossen.

In den letzten 18 Monaten musste ich mit den Gemeinden kämpfen. Der Sozialchef einer Gemeinde sagte mir einmal: «Du bist Ausländerin und musst nicht so gut Deutsch können, du musst arbeiten!» Dabei ist doch Deutsch etwas vom Wichtigsten für eine Geflüchtete in der Schweiz. Seit dem April besuche ich einen Deutschkurs bei Solinetz in Winterthur. Jetzt bin ich in einem B1-Kurs.

Natürlich habe ich viele Träume. Ich möchte als Chemikerin in einem Labor arbeiten. Ich möchte einen Master machen. Und irgendwann möchte ich mich an Projekten beteiligen, die vielen Menschen auf der Welt helfen. Doch leider sind meine Deutschkenntnisse zu wenig gut. Also muss ich warten und noch viel Geduld haben.

Und natürlich habe ich Angst. Ich habe Angst wegen meines Kopftuchs. Oft werde ich beschimpft. Ich frage mich, ob ich so

jemals eine Arbeit finde in der Schweiz. Es gab wenige Tage in den letzten fünf Jahren, an denen ich nicht geweint habe. Immer wieder versuche ich, mich zu motivieren.

Habe ich also Hoffnung? Solange ich atmen kann, glaube ich, dass es noch so viel gibt, was ich in diesem Leben tun kann!

Einfachere Diplomanerkennung!

Merve, 26, aus der Türkei, seit dreieinhalb Jahren in der Schweiz, seit einem Jahr B-Bewilligung
Mit einem Lehrdiplom als Mathematiklehrerin für die 4. bis 8. Klasse und 5 Monaten Berufserfahrung kam ich in die Schweiz. Mit privater Hilfe haben mein Mann und ich innerhalb von weniger als einem Jahr Deutsch bis etwa Niveau B2 gelernt, ohne eine Zertifikatsprüfung abzulegen. Als ich die Bewilligung erhielt, wollte die Gemeinde keinen Deutschkurs finanzieren. Bei Solinetz konnte ich gerade die C1-Prüfung bestehen.

Als wir nach Winterthur umzogen, hat mich die Sozialberatung zur Berufsberatung bei Heks-Mosaik angemeldet. Ich sollte sofort eine Stelle finden, egal, in welchem Arbeitsgebiet. Ich aber war entschlossen, als Lehrerin zu arbeiten. So schnell möchte ich meinen Traum nicht aufgeben.

Es stellte sich heraus, dass ich hier wahrscheinlich die ganze Lehrerausbildung nochmals absolvieren muss. Mein Diplom wurde noch nicht überprüft, das kostet Zeit und Geld. Vor Studienbeginn müsste ich C2 in Deutsch vorweisen, C1 in Englisch und B2 in Französisch. Ich frage mich, ob das jemals jemand geschafft hat.

Im April habe ich mich als Klassenassistentin beworben. Wegen meines vorhandenen Lehreddiploms und meiner guten Deutschkenntnisse habe ich eine Zusage für ein Praktikum bekommen, das vor den Sommerferien endete. Ich habe vor, eine Weiterbildung zur Klassenassistentin zu machen. Mein Ziel, Primarlehrerin zu werden, habe ich immer vor Augen. Dazu muss ich ein Stipendium finden. In etwa 6 Jahren könnte ich es schaffen, dann bin ich 32 Jahre alt. Mein Mann unterstützt mich dabei sehr.

Was mich schmerzt, ist, dass ich mich trotz meiner Bemühungen hier noch nicht aufgenommen fühle. Anfangs war ich zu schüchtern und konnte auch oft nicht mitreden, dann etwa, wenn die Leute über ihre Ferien sprachen. Inzwischen bin ich mutiger geworden. Es braucht alles seine Zeit.

Traumberuf Heizungs- und Sanitärinstallateur

Ahferom, 29, aus Eritrea, seit fünf Jahren in der Schweiz

In Eritrea besuchte ich die Schule bis zur 10. Klasse. Neben der Schule arbeitete ich auf einem Bauernhof. Dann musste ich flüchten, zuerst nach Äthiopien. Seit eineinhalb



Am 18. September 2021 fanden sich an der Kundgebung «Geflüchtete haben das Wort» über 200 Menschen ein, die als Lehrpersonen oder als Freiwillige Geflüchtete unterrichten und begleiten. Für einmal hörten Einheimische – Menschen aus Bildungswesen, Politik und Freiwilligenarbeit – zu. Geflüchtete berichteten von einem Bühnenwagen herunter, wie sie ihren Weg durch das Schweizer Bildungssystem trotz Schwierigkeiten gefunden haben – oder auch nicht. Der Zugang zur Bildung wird für viele Geflüchtete wegen Aufenthaltsstatus, Alter oder fehlender Anerkennung von mitgebrachtem Wissen blockiert. Viele Geflüchtete verlieren Jahre, bevor sie einen ausreichenden Zugang zu Deutschkursen und Bildung erhalten. Ihr Bildungsdurst und Einsatz für eine bessere Zukunft trotz bürokratischen Hindernissen machen nachdenklich.

Die Kundgebung wurde von einem Netzwerk von zwanzig Organisationen organisiert, die alle in Stadt und Kanton Zürich in der Bildungsarbeit mit Geflüchteten tätig sind.¹ Die anwesenden Fachpersonen bestätigten die systematischen Lücken und den Verbesserungsbedarf im staatlichen Bildungsangebot für Geflüchtete. Engagierte aus Hilfswerken und Geflüchtete verlangten gemeinsam: Jeder Mensch muss ein gleiches Recht haben zu lernen, sich zu bilden und eine geeignete Ausbildung zu machen. Denn es nützt nicht nur den Betroffenen selbst, sondern unserer Gesellschaft insgesamt, wenn alle Geflüchteten Zugang zu einer geeigneten Ausbildung bekommen, gleich ob sie hierbleiben oder in ihr Herkunftsland zurückkehren.

1 Unterstützende Organisationen:

Autonome Schule Zürich, Capacity, Eritreischer Medienbund, Freiplatzaktion Zürich, HEKS-Regionalstelle Zürich/Schaffhausen, Honorable, Map-F, NCBI, Powercoders, ProIntegras, Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich, Singa, Solinetz Zürich und Winterthur, Stiftung Futuri, VoCHabular, VPOD Zürich Lehrberufe, Welcome to School, Werk.Statt.Flucht – mit Unterstützung der Integrationsförderung der Stadt Zürich

Jahren besuche ich jetzt Gratis-Deutschkurse bei Solinetz in Winterthur, dieses Semester einen B2-Kurs. Auf meinem Weg zu einer Ausbildung und einer Arbeit in der Schweiz gab und gibt es viele Hindernisse: In Bülach durfte ich nur drei bis vier Stunden pro Woche einen Deutschkurs besuchen; seit fünf Jahren warte ich immer noch auf meinen Asylentscheid und darf nicht arbeiten. Aber wir brauchen doch Selbständigkeit und Unabhängigkeit. In Eritrea bin ich aus dem Gefängnis geflüchtet. Jetzt fühle ich mich in der Schweiz wie in einem Gefängnis. Mein Traumberuf ist Heizungs- und Sanitärinstallateur. Wie lange muss ich noch warten, bis ich meinen Traum verwirklichen kann?»

Vereinbarung von Familie und Ausbildung

Sara, 31, aus Syrien, seit fünf Jahren in der Schweiz, F-Bewilligung

In Syrien machte ich nach zwölf Jahren Schule eine Ausbildung zur Goldschmiedin. Hier besuchte ich während zwei Jahren Freiwilligenkurse bis B1. Als ich F bekam, absolvierte ich einen Einführungskurs bei Heks für die Arbeit mit alten Menschen. Nachdem ich ein Jahr lang freiwillig als Servicemitarbeiterin in einem Altersheim gearbeitet hatte, teilte ich meiner Sozialberatung meinen Wunsch mit, eine Ausbildung als Pflegefachperson zu machen. Mein Berater trug mein Vorhaben mit, sah aber auch Probleme. Meine drei Kinder waren ja noch klein. Und für meinen Mann war das Leben in Syrien so belastend gewesen, dass er hier krank wurde. Er braucht immer noch Medikamente und wir warten auf einen Therapieplatz für ihn.

Im Internet fand ich eine Ausbildung beim SRK. 70 Prozent der Kosten wurden von der Stiftung Chance, der Rest von der Stadt übernommen. Eigentlich braucht man dazu ein B2-Zertifikat. Ein weiterer Deutschkurs wurde mir aber nicht bezahlt. Nach einem Aufnahmetest wurde ich trotzdem angenommen. Vor einem halben Jahr habe ich die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Er war eine harte Zeit, da ich mit meinen knappen Deutschkenntnissen viele Begriffe nachschauen musste. Mein Mann hat mich sehr unterstützt und mir immer Mut gemacht. Das war mir ganz wichtig. Inzwischen darf ich einen B2-Kurs besuchen und werde die Prüfung machen.

Ich möchte Fachfrau Gesundheit werden und suche nach einem Modell, das mir ermöglicht, gleichzeitig zu arbeiten und die Schule zu besuchen. Meine Kinder machen mir grosse Freude, es geht ihnen gut. Mit meiner Arbeit möchte ich für meine Familie aufkommen können, soweit immer das möglich ist. Wir sind dankbar für die grosse Unterstützung, die wir hier erfahren. ■



observatoire suisse du droit d'asile et des étrangers
schweizerische beobachtungsstelle für asyl- und ausländerrecht
osservatorio svizzero sul diritto d'asilo e degli stranieri

Zugang zu Bildung unabhängig vom Aufenthaltsrecht!

Résumé des Fachberichts der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht.

Von Tobias Heiniger, SBAA

Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung ist eine elementare Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Während er beim Grundschulunterricht rechtlich eingefordert werden kann, ist er im nachobligatorischen Bereich bis anhin eine politische Zielvorgabe. Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht in der Schweiz aufwachsen, treffen im gesamten Bildungssystem auf besondere Hindernisse. Der Zugang zu Bildung ist insbesondere für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene oder Personen ohne Bleiberecht rechtlich und praktisch erschwert.

Während eines Asylverfahrens ist der Zugang zu Bildung – trotz Neuerungen wie Grundschulunterricht in Bundesasylzentren und frühzeitiger Sprachförderung – nach wie vor stark eingeschränkt. Minderjährige erhalten nicht überall umfassenden Unterricht und Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren werden oft ganz ausgeschlossen. Bei jungen Erwachsenen wird zu wenig Gewicht auf die Nutzung bereits vorhandener Kompetenzen gelegt. Ausserdem wird zu einseitig auf die sprachliche statt auf eine allgemeinbildende Förderung gesetzt.

Im Bereich der Grundschule werden Kinder oft zu lange separat in Aufnahmeklassen beschult. Die schrittweise Inklusion in Regelklassen findet zu zögerlich statt und es fehlt stellenweise an einer fachlich kompetenten Aufsicht durch die Bildungsbehörden. Für Jugendliche ab 16 Jahren gibt es zwar eine Vielzahl von integrationsorientierten Bildungsangeboten. Das verfassungsmässige Recht dieser Altersgruppe auf einen ihrem Alter angemessenen Umfang des Unterrichts wird dabei aber regelmässig verletzt.

Auf der Ebene der nachobligatorischen Bildung ist der Zugang zu Bildung nur bis zu einer gewissen Stufe gewährleistet und bestimmte Menschen werden kategorisch ausgeschlossen. Die viel besungene Durchlässigkeit des dualen Bildungssystems ist für Personen mit ausländischen Abschlüssen

und fehlenden Unterstützungsnetzwerken nicht gegeben. Der Bildungsweg für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Bleiberecht ist nach Abschluss rein schulischer Bildungsangebote faktisch zu Ende. Es bestehen derzeit keine praktikablen Instrumente, um diesen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Schliesslich gibt es soziale Rahmenbedingungen, die den Zugang zu Bildung hemmen oder fördern. Die Wohnsituation in Kollektivunterkünften und der knappe finanzielle Grundbedarf stellen für viele eine zusätzliche Schwierigkeit dar. Wenn Familien durch Flucht oder fehlende finanzielle Mittel getrennt sind und Reisen ins benachbarte Ausland nicht möglich sind, ist dies auch schädlich für den Lernfortschritt. Zudem führen fehlende Kontinuität und Verbindlichkeit in der Begleitung und Unterstützung zu Brüchen in der Aus- und Weiterbildung.

Die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht (SBAA) hat für den vorliegenden Fachbericht Einzelfälle aus allen Stufen des Bildungssystems und aus verschiedenen Landesteilen dokumentiert. Die Fülle an formaler und nonformaler Bildung, welche die jungen Menschen mitbringen, spiegelt sich in den Dokumentationen wider. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen einen Beitrag dazu leisten, die Fähigkeiten und Vorbildung der jungen Menschen im Interesse der Gesamtgesellschaft anzuerkennen und zu nutzen. ■

Unter www.beobachtungsstelle.ch kann der Fachbericht auf Deutsch oder Französisch bestellt oder heruntergeladen werden.



Fehlende männliche Rollenmodelle



Jannai Balikavlayan

Wenn du dich für das Thema «Männer auf Kindergartenstufe» interessierst, dir ein anderes Thema unter den Nägeln brennt oder du Fragen hast, melde dich bei:

fabio.hoehener@vpod-zh.ch

Nur 2,84 Prozent der Kindergartenlehrpersonen im Kanton Zürich sind Männer. Deutlich zu wenig. Eine VPOD-Veranstaltung Anfang November (nach Redaktionsschluss) möchte eine bessere Vernetzung von männlichen Kindergartenlehrpersonen erreichen und so einen Beitrag zur Gleichstellung und Chancengleichheit leisten.

59, 71, 67, 76 – so viele männliche Lehrpersonen arbeiten laut Bildungsstatistik des Kantons Zürich in den Jahren 2017-2020 auf Kindergartenstufe. Man kann sie nicht gerade an einer Hand abzählen, die Hundertertafel aus dem 1. Zyklus genügt aber allemal. Und für den 2. Zyklus: Das sind weniger als drei Prozent aller Lehrpersonen auf der ersten Bildungsstufe.

Der VPOD startet eine neue Initiative für mehr Vernetzung unter diesen Lehrpersonen. An einem ersten Treffen am 3. November werden Ideen gesammelt. Welche Bedürfnisse gibt es bei den Männern im Kindergarten? Wie könnte ein stetiger Austausch aussehen? Welche weiterführenden Projekte könnten entstehen? Wie können am Beruf interessierte Männer, männliche Studierende an der PH und Berufseinsteiger im Kindergarten unterstützt werden?

Bereits in der Vergangenheit gab es Initiativen, die die Vernetzung von männlichen Lehrpersonen zum Ziel hatten und die sich auf verschiedenen Ebenen für einen höheren Männeranteil eingesetzt haben. Der Verein MaP – Männer an die Primarschule – hat mit Unterstützung

des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung EBG von 2015-2019 vier Projekte realisiert. Dabei wurden Schnuppermöglichkeiten für junge Männer geschaffen, gezielt Quereinsteiger angesprochen, Fortbildungen zu gendersensibler Studien- und Berufsvermittlung angeboten und Vernetzungsmöglichkeiten für männliche Studierende an der PH Graubünden geschaffen. Der Verein MaP führt keine eigenen Projekte mehr durch und hat sich vor kurzem aufgelöst. Einige der Projekte werden unabhängig vom Verein weitergeführt.

An der PH Zürich gibt es leider keine vergleichbaren Projekte. Einige Kurse zum Umgang mit «schwierigen» Jungen im Schulalltag werden angeboten, aber weder in der Ausbildung noch in Weiterbildungskursen wird das Thema Vielfalt in Bezug auf Schulteams thematisiert. Auch in meiner Ausbildung (KUst) hatte ich bisher kaum Möglichkeiten, männliche Rollenmodelle kennenzulernen. Meine persönliche Bilanz nach 10 Monaten Ausbildung: ein Dozent, ein Mitstudent im Studiengang und eine männliche Praxislehrperson.

Bei allen besuchten PH-Weiterbildungen war ich stets der einzige Mann.

Das ist aus Sicht der Chancengleichheit problematisch. Die Berufswahl sollte nicht von Vorurteilen eingeschränkt werden, das verlangt auch die Bundesverfassung (Art. 8, Abs. 3). Kinder profitieren von einer bunten Vielfalt ihrer Bezugspersonen. So können sie realistische und vielschichtige Rollenmodelle entwickeln. Bunte Vielfalt sucht man in vielen Schulteams jedoch vergebens. Dabei würde Perspektivenvielfalt und Gendersensibilität wiederum auf die Schulkinder zurückwirken.

Die Veranstaltung am 3. November möchte an die vorangegangenen Initiativen anknüpfen und neue Formen für Vernetzung und Unterstützung von männlichen Lehrpersonen im Kindergarten finden. Eine weiterführende Veranstaltungsreihe zum Thema ist angedacht. Dort könnten bisherige Projekte vorgestellt und weitergehende Projekte geplant werden oder Verantwortliche aus Politik und Ausbildung zu Wort kommen. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung. ■

Text: **Jannai Balikavlayan**. Der Autor ist DaZ-Lehrer und Kindergartenlehrperson in Ausbildung. Er studiert an der PH Zürich.

Auf der Seite des Vereins MaP findet sich eine Sammlung themenbezogener Pressebeiträge:
<https://www.maenner-an-die-primarschule.ch/>

Für eine rassismus-sensible Schule!

Rückblick auf die Sektionsversammlung mit Mandy Abou Shoak.

Die gesellschaftliche Debatte rund um strukturellen Rassismus hat in den letzten Jahren an Fahrtwind aufgenommen. Gemäss Lehrplan 21 hat sich auch die Schule gegen alle Formen der Diskriminierung zu wenden. Angeregt von VPOD-Mitgliedern, die an der PHZH studieren oder arbeiten, haben wir alle Mitglieder der Sektion Lehrberufe eingeladen, mit uns an der Sektionsversammlung vom 4. Oktober in eine aktive und kritische Debatte zu treten.

An diesem Abend stand der Vortrag von Mandy Abou Shoak im Zentrum. Mandy Abou Shoak ist VPOD-Mitglied, soziokulturelle Animatorin, Podcasterin und Rassismusexpertin. Sie leitet Rassismus-Verstehen-Workshops für Schulklassen und ist Autorin der Broschüre «Rassismus in Lehrmitteln». Im Gespräch mit ihr wurde klar: Es werden noch viele Projekte folgen!

Die anwesenden Mitglieder hörten Mandy gebannt zu, als sie schilderte, wie es dazu kam, Lehrmittel auf ihren rassistischen Gehalt zu untersuchen, wie sie Aktivismus und Forschung verbindet und welche Visionen sie für eine rassismussensible Schule hat. Rassismus ist nicht zwingend eine aktive Haltung, sondern ein mehr oder weniger subtiles System, das auch die Schule durchdringt. Mandy ermöglichte uns einen Einblick in ihre Masterthesis, in der sie mit BIPOC-Personen (Black, Indigenous and People of Color), die im Schulfeld tätig sind, einen Ansatz für die Entwicklung einer rassismussensiblen Schule erarbeitete. In der anschliessenden Diskussion kamen berührende Geschichten zum Vorschein, schüchtern gestellte Fragen darüber, wie eine Lehrperson sich in konkreten Situationen verhalten soll und kann sowie Beispiele von gelungenen Interventionen.

Was ich persönlich mitnehme: Schweigen ist nie nützlich, beziehungsweise nützt es vor allem dem Rassismus und nie den von Rassismus betroffenen Personen. Was ich als Gewerkschaftssekretärin mitnehme: Zahlreiche Lehrpersonen, Dozierende und Studierende wünschen sich eine kritisch-offene Debatte über Rassismus, sind interessiert daran, herauszufinden, wie eine solche Eingang in die Klassenzimmer und in die Teamzimmer finden kann und was sie in ihrer Rolle zu einer rassismussensiblen Schule beitragen können. Drei der Stimmen, die massgeblich dazu beigetragen haben, dass die Sektionsversammlung in dieser Form stattfand und Mandy Abou Shoak eingeladen wurde, lassen wir hier selbst zu Wort kommen.

Anna-Lea Imbach, Gewerkschaftssekretärin Sektion Lehrberufe



Differenzieren, Austausch, Reflexion

«Es braucht Menschen, mit denen ich mich verbünden kann, mit denen ich hinschauen kann und die laut sind.» Dieser Satz von Mandy Abou Shoak klingt mir nach, als ich die Sektionsversammlung verlasse. Sie zeigte mir, dass wir gemeinsam auf dem Weg sind, sein müssen, um eine rassismus- oder, etwas breiter gedacht, diskriminierungssensible Schule zu entwerfen. Ich hörte ehrliche Geschichten, die unsere Hilflosigkeit spiegeln, aber auch von Mut erzählen, hinzustehen und eben nicht zu schweigen. Ich habe neue Begriffe wie «White Fragility» und Abkürzungen wie PoC (People of color) gelernt und konnte eigene Vorstellungen anreichern und differenzieren – im Dialog mit anderen.

Diese Vielfalt nehme ich mit in meine Arbeit als Dozentin in der Lehrpersonenbildung. Es sind die drei Aspekte, die zu Veränderung führen: das eigene Wissen differenzieren, Austausch mit anderen suchen, Haltung reflektieren. Die Module, die ich gebe, werde ich noch bewusster gestalten, den Dialog mit den Studierenden und meinen Kolleg:innen noch mehr suchen und meine eigene Wahrnehmung schärfen, um lauter zu werden.

Cornelia Maccabiani, Leiterin Diplomstudiengang Primarstufe am Institut Unterstrass und Vorstandsmitglied der Sektion Lehrberufe

Basis für konstruktives Lernen und Entwicklung

Ich befasse mich gerne und aktiv mit Themenbereichen der diskriminierungsfreien Sprache. Daher verhalte ich mich in Interaktionen und Konversationen mit anderen Menschen aufmerksam. Mir ist es auch ein grosses Anliegen, meine eigenen Handlungen kritisch zu hinterfragen, um so internalisierte Misogynie, Rassismus und Queerfeindlichkeit zu erkennen und anzugehen. Durch diese Sensibilisierung, welche ich soweit durchlaufen habe, entnehme ich vielen Unterhaltungen in meinem

Lehrpersonen gesucht?

Jedes Jahr dieselbe Schlagzeile kurz vor der Sommerpause: Es gibt zu wenig ausgebildete Lehrpersonen, um alle offenen Stellen in der Volksschule zu besetzen. Eine sinnvolle Lösung des Problems lässt auf sich warten.

Was sind die Folgen des chronischen Lehrpersonemangels? Klassen werden zusammengelegt oder es werden Lehrpersonen ohne Ausbildung angestellt. Bei den Schulischen Heilpädagog*innen ist die Situation besonders prekär. Nur 60 Prozent der Stellen sind mit ausgebildeten Fachpersonen besetzt, wie die Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage 480/2020 zeigt.

Die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule ist riesig. Dies fordert bei den Lehrpersonen heute mehr Kompetenzen, auch Teamteaching wird als unterstützend wahrgenommen.

Dennoch: Ausgebildete Fachpersonen fehlen. Um kurzfristig eine Entlastung zu bringen, wurde das Postulat 85/2017 eingereicht. In diesem wurde der Regierungsrat aufgefordert, die befristete Zulassung (Härtefallregelung) für Lehrpersonen, welche im Rahmen der integrativen Förderung tätig sind, jedoch die Ausbildung zur Heilpädagogin, zum Heilpädagogen noch nicht abgeschlossen haben, zu erweitern. Die Bildungsdirektion hat daraus die Möglichkeit gemacht, das Mindestangebot für die integrierte Förderung für maximal zwei Jahre zu senken (RRB Nr. 84/2020).

Eine Senkung der Ressourcen für heil- und sonderpädagogische Massnahmen ist nicht akzeptabel. Wir wollen weder einen Abbau der Ressourcen zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen im niederschweligen Bereich noch einen Abbau der Fachkompetenz.

Das Postulat 85/2017 zur Härtefallregelung im Rahmen der integrativen Förderung wird abgeschrieben, auch wenn die Umsetzung der Bildungsdirektion nicht zufriedenstellend ist. Denn langfristig plant die Bildungsdirektion im Kanton Zürich mit dem Projekt ME flex (RRB Nr. 112/2021, Dauer bis ins Jahr 2027), den Mitteleinsatz in der Volksschule flexibler zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, wie wichtig es ist, darauf zu achten, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht gekürzt und die Fachkompetenz der Lehrpersonen nicht gestrichen wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Förderung der Schülerinnen und Schüler nicht auf der Strecke bleibt. ■

Monika Wicki, SP-Kantonsrätin und VPOD-Mitglied

Alltag diskriminierenden Sprachgebrauch. Zu meinem Erstaunen auch während meiner bereits absolvierten Semester an der Pädagogischen Hochschule Zürich. Bestehende Sozialstrukturen und damit verbundene Verhaltensformen beeinflussen die schulische Lehr- und Lernkultur. Diversität und Heterogenität prägen den Unterricht und das Schulleben; sowohl an der PH als auch in den Schulen, an denen wir künftig arbeiten werden. Ein geeigneter Umgang mit Heterogenität stellt deshalb eine Basis für konstruktives Lernen und Entwicklung dar.

In der theoretischen, wie auch in der praktischen Ausbildung haben sich Situationen gehäuft, in denen diskriminierende Sprache von Dozierenden, von ausgebildeten Lehrpersonen und Mitstudierenden nicht nur gebraucht, sondern auch kommentarlos toleriert wurde. Wenn ich auf die geschlechterdiskriminierenden, queerfeindlichen und rassistischen Äusserungen aufmerksam gemacht habe, bin ich jedoch auf Widerstand gestossen. Daher ist es mir ein persönliches Anliegen mich zu vernetzen, mich mit anderen auszutauschen und mein eigenes Wissen über Diversität und jegliche Formen

von Diskriminierung zu erweitern. Es wäre zu wünschen, dass zumindest zukünftig im Unterrichtsallday an der PHZH ein kritischer Umgang mit diskriminierender Sprache gelingt.

Ladina Blaser, Studentin an der PHZH

Rassismus in den Bildungsinstitutionen bekämpfen

Die Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus und die Bekämpfung desselben sind für mich als Dozentin an der PHZH wichtige Anliegen und gleichzeitig stellen sie auch eine Pflicht dar. Von der Menschenrechtsdeklaration bis zum Lehrplan 21 oder zu den Empfehlungen «Bildung und Migration» von swissuniversities ist der Auftrag zur diskriminierungsfreien Bildung an unzähligen Stellen verbrieft.

Im Berufsalltag – sowohl an der Volksschule als auch an der pädagogischen Hochschule – fehlt es aber oft an einer kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus, dies zeigt meine Erfahrung. So reagieren beispielsweise weisse Kolleg:innen und Studierende, werden sie mit einer rassismuskritischen Perspektive konfrontiert, oft verteidigend (ein verbreitetes Verhalten, das Robin di Angelo in ihrem gleichnamigen Buch «White Fragility» nennt). Daher war ich motiviert, mit Akteur:innen aus verschiedenen Bildungsbereichen wie der Volksschule, der Pädagogischen Hochschule und der Gewerkschaft zusammenzukommen und mich darüber auszutauschen, was wir lernen und verlernen müssen, wie wir in Aktion treten können, um den gesellschaftlichen Rassismus in den Bildungsinstitutionen zu bekämpfen. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass viele Lehrende dieses Anliegen teilen, und dass viel Wille und wachsende Expertise vorhanden sind, um gemeinsam für eine progressivere Bildung zu kämpfen.

Ruth Kunz, Dozentin an der PHZH, Oktober 2021

Projekt ME flex gestartet

Mit einem mehrjährigen Projekt prüft die Bildungsdirektion die Zuteilung und den Einsatz von Personalressourcen in der Zürcher Volksschule. Ziel des Projekts mit dem Namen «ME flex» (Miteinsatz flexibler gestalten) ist es, dass die Gemeinden die bisherigen personellen und finanziellen Mittel zielgerichteter und wirkungsorientierter einsetzen. Nun haben die ersten Hearings mit Beteiligung des VPOD und weiteren Verbänden, Fachstellen und Institutionen begonnen.

Für den VPOD steht eine inklusive Schule für alle Kinder und Jugendlichen und der Abbau von Chancenungleichheit im Zentrum. Wir werden uns im Prozess dafür einsetzen, dass sonderpädagogische (Förder-)Angebote in ihrer Wirkung gestärkt und ausreichend alimentiert werden. Einen Verteilungskampf um Ressourcen zwischen DaZ, IF, Therapien und weiteren Angeboten gilt es in jedem Fall zu verhindern. ■

Ja zur Pflegeinitiative

Der VPOD unterstützt die Pflegeinitiative aus folgenden Gründen: Es braucht nicht nur dringend genügend und gut ausgebildetes Personal, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen,

um die Fachkräfte im Beruf zu halten. Die Pflegeinitiative ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. So wäre eine Annahme der Initiative am 28. November ein deutliches Signal in Richtung einer grundsätzlichen Aufwertung aller Gesundheitsberufe. Der Gegenvorschlag, der im Falle eines Neins zur Pflegeinitiative zum Tragen käme, würde die Probleme im Gesundheitsbereich leider nicht lösen. Zum einen würde die Aus- und Weiterbildung nur für eine bestimmte Zeit finanziert werden, zum anderen bietet sie keine Lösung zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Eine solche ist dringend nötig, unabhängig davon, wie die Abstimmung ausgehen wird. ■

Petition Academia eingereicht

Am 8. Oktober wurde die Petition «Für mehr Festanstellungen im akademischen Bereich: Bessere Forschungs-, Lehr- und Arbeitsbedingungen» mit 8.600 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Petition fordert die Bundesversammlung dazu auf, konkrete Massnahmen zu ergreifen, um die Gesundheit und das Privatleben des wissenschaftlichen Personals zu schützen, seine Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Qualität der akademischen Lehre und Forschung zu garantieren. Dazu gehört insbesondere die vermehrte Schaffung von festen

Eidgenössische Abstimmungen vom 28. November 2021

Pflege-Initiative **JA**

Covid-19-Gesetz **JA**

Zu den weiteren nationalen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen hat der VPOD keine Parole gefasst.

Stellen für Forschende und Lehrende nach dem Doktorat. Noch immer stehen 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals der Schweiz in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Bei der Medienkonferenz in Bern verwies der VPOD auch auf die von ihm durchgeführte Umfrage an der Universität Zürich, wonach 73,5 Prozent der Angestellten im Mittelbau regelmässig Überstunden leisten. Bei der Hälfte der Fälle bis zu zehn oder mehr Stunden pro Woche. Um den Druck aufrechtzuerhalten, sind jetzt weitere Aktionen notwendig. ■



Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 5 / 21, September 2021**, erscheint fünf Mal jährlich, 6. Jahrgang, Auflage: 3500

Integration fördern – mit digitalen Mitteln und auf neuen Wegen

Der Schwede Niss Jonas Carlsson hat unter anderem die Sprachlernapp «LingvisPlay» entwickelt. Im Interview erklärt er, wie diese Sprachlernplattform Geflüchtete und Migrant*innen dort erreicht, wo bislang formale Bildung nicht hinkam. Entscheidend sei es, am persönlichen Medienkonsum und Interesse der Lernenden anzuknüpfen. Über die Einführung der App in der Schweiz wird noch verhandelt. Von Lorenz Lüthi

Was ist die Idee hinter Språkkraft?

Carlsson: Im Jahr 2015 haben Schweden und Europa während der «Flüchtlingskrise» eine Rekordzahl von Geflüchteten aufgenommen. Es war klar, dass die Regierungen diese Herausforderung nicht allein bewältigen würden. Ich selbst war seit den frühen 90er Jahren als Entwickler und Unternehmer im Bereich digitales Sprachenlernen tätig und hatte Einblick in die formale Bildung für Migrant*innen in Schweden. Ich wusste also, dass die Digitalisierung vom Bildungssystem vernachlässigt wurde, während zur gleichen Zeit im Fernsehen zu sehen war, wie Geflüchtete mit Smartphones in der Hand durch Europa navigierten. Wir beschlossen daraufhin, die gemeinnützige NGO Språkkraft zu gründen, um die von uns entwickelten digitalen Hilfsmittel direkt an die Geflüchteten weiterzugeben.

Auf welche Weise soll das Sprachenlernen gefördert werden?

Unsere Methode lehnt sich an das Konzept des freien, freiwilligen Lesens¹, wie es von Stephen Krashen mit der Input-Theorie formuliert wurde, wonach eine Person, die eine Sprache lernt, eine Menge Input (z.B. Medien) benötigt, die leicht über dem aktuellen Kompetenzniveau liegt. Es gibt auch Studien, wie z.B. von Robert Vanderplank, die das Konzept unterstützen.²

Bei Språkkraft gibt es eine riesige Auswahl, aus der unsere Nutzer Programme nach ihrem persönlichen Interesse auswählen und zusammenstellen können. Derzeit sind über 13'000 Programme in SVT Språkplay verfügbar.

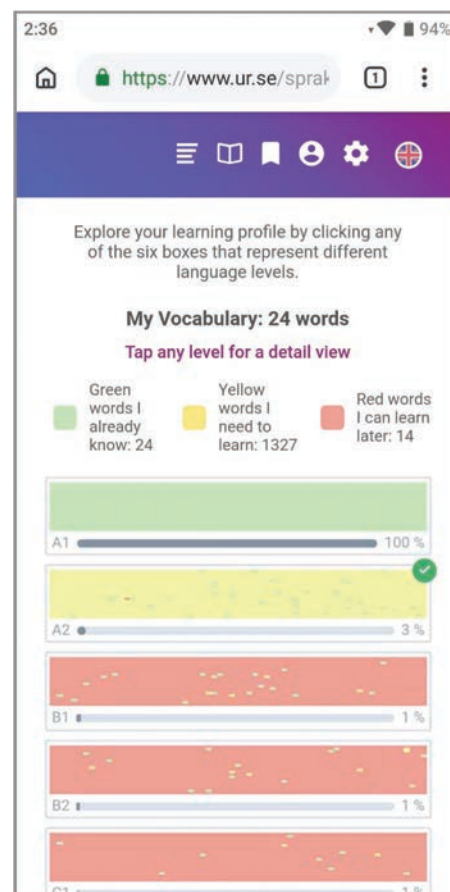
Wie funktioniert die Lernapp genau?

Das barrierefreie Lernmedienformat LingvisPlay zeigt die synchronisierte Transkription dessen, was in einem Video gesagt wird. Dies wird als Untertitel bezeichnet und ist in der Regel bereits in öffentlich-rechtlichen Medien zur Unterstützung von Gehörlosen und Schwerhörigen verfügbar. In unserer Lernapp sind darüber hinaus solche Untertitel in derselben Sprache mit Signalfarben



oder Mustern versehen, die anzeigen, welche Wörter der Lernende bereits kennen sollte (GRÜN), was er jetzt lernen sollte (GELB) und was er später lernen muss (ROT), wenn sich die Fähigkeiten mit der Zeit entwickeln.

Während des Abspielens schlägt das LingvisPredictionary proaktiv alle roten und gelben Wörter nach und zeigt die Übersetzungen in einer dem Benutzer bekannten Sprache an, ohne die Wiedergabe zu unterbrechen. Der Benutzer kann die Wiedergabe auch unterbrechen, um die Sprache weiter zu erkunden. Durch Antippen eines beliebigen Wortes werden alle verschiedenen Bedeutungen und die grammatikalische Analyse angezeigt. Der Benutzer kann auch Erklärungen zu jedem grammatikalischen Element des Wortes im Kontext nachlesen. Das Format identifiziert auch häufige Ausdrücke und zeigt deren Übersetzungen an.



Nach dem Anschauen einer Sendung können die Nutzer*innen zu integrierten Sprachübungen übergehen, die im Laufe der Zeit den Status der Wörter von gelb (Lernen) auf grün (gelernt/bekannt) ändern. Auf diese Weise wird durch das Lingvis-Format ein individuelles Lernprofil aufrechterhalten, das beim Anschauen zukünftiger Sendungen verwendet wird.

Der Lingvis-Verein hat sich zum Ziel gesetzt, mit der finanziellen Unterstützung künftiger Partner dafür zu sorgen, dass die Apps für Migrant*innen kostenlos bleiben.

Wie gross ist die Verbreitung der App in Schweden?

Nach der Veröffentlichung der ersten Apps im Jahr 2016 waren wir sehr gespannt darauf, wie viele Menschen wohl daran interessiert sein würden. Zu Beginn unterstützten wir

1 <http://www.sdkrashen.com/content/articles/singapore.pdf>

2 <https://www.palgrave.com/gp/book/9781349698844>

15 Migrationssprachen, im Laufe der Jahre sind diese auf 29 angewachsen. Es gab viele weitere digitale Initiativen für Geflüchtete, aber die meisten von ihnen erreichten höchstens 5000 bis 10000 Nutzer*innen. Bereits im August 2016 hatten wir 15000 Nutzer überschritten. Seitdem sind die Zahlen kontinuierlich weiter stark gestiegen, heute haben wir mehr als 500 000 Nutzer*innen erreicht. Zum Vergleich: Schweden hat in den letzten zehn Jahren fast eine Million Einwander*innen aufgenommen, mit entsprechend grossen gesellschaftlichen Auswirkungen.

Dass wir mit unserer App über 1,3 Millionen Stunden informellen Sprachunterricht ermöglicht haben, war unser Beitrag, die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen. Wir erhalten viel positives Feedback von unseren Nutzer*innen, z.B. durch Bewertungen in den App-Stores. Wir wissen, dass

unsere Nutzer*innen älter sind, als Sie vielleicht denken. Der Grossteil der Nutzenden ist 25 bis 55 Jahre alt, Männer und Frauen halten sich dabei ungefähr im Gleichgewicht. Wir freuen uns besonders, dass wir mit unserer App auch Frauen helfen können, denen schwerfällt, eine formale Ausbildung zu absolvieren, weil sie etwa kleine Kinder haben.

Im Jahr 2018 erhielt unsere Initiative internationale Anerkennung, als wir den Prix Europa (den «Oscar» für öffentlich-rechtliche Medienanstalten) von der Euro-



päischen Rundfunkunion erhielten. Diese Auszeichnung führte dazu, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Finnland LingvisPlay übernahm und es 2020 in den beiden Landessprachen Finnisch und Schwedisch einführt. Darüber hinaus hat die UNESCO LingvisPlay als globale innovative Lösung für die Alphabetisierung und das Lernen von Geflüchteten und Migrant*innen ausgezeichnet.

Kommt die App auch in die Schweiz?

Wir wurden 2019 von der SRG SSR eingeladen, ein Pilotprojekt durchzuführen, bei dem wir funktionierende Prototypen einer LingvisPlay-Lösung für die vier Landessprachen mit SRF, RTS, RSI und RTR entwickelten. Im Jahr 2020 haben wir in Zusammenarbeit mit lokalen NGOs, die mit Geflüchteten und Migrant*innen arbeiten, Benutzertests dieser funktionierenden Prototypen in der Romandie, der Deutschschweiz und dem Tessin durchgeführt. Dann kam die Pandemie und die Diskussionen wurden eingestellt. Basierend auf unseren Erfahrungen aus Finnland könnten wir bei einer positiven Entscheidung innerhalb von drei bis vier Monaten ein funktionierendes Angebot für die Schweiz anbieten. Aktuell warten wir auf grünes Licht seitens der SRG SSR.

Weitere Informationen auf Youtube – SVT LanguagePlay auf Deutsch unter diesem QR-Code:



Lorenz Lüthi, lic. phil., hat Geschichte studiert. Er arbeitet als Kursleiter und Coach beim beruflichen Integrationsprojekt «Drahtesel» und ist der Schweizer Vertreter der NGO Språkkraft (Lingvis Foundation), welche die Apps «Språkplay» und «LingvisPlay» ins Leben gerufen hat. Fast ein Jahrzehnt war er bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe als Projekt- und Kampagnenleiter tätig. Er leitet ehrenamtlich an der Autonomen Schule Bern denk:mal, die er mitgegründet hat, Deutschkurse für Migrant*innen sowie Boxkurse.

CAS Bildung und Flucht

Lernen und Teilhabe ermöglichen

Die Teilnehmenden lernen:

- geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihren Lern- und Entwicklungsprozessen bedürfnis- und ressourcenorientiert zu begleiten
- die wichtigsten Herausforderungen bei der Bildung geflüchteter Kinder und Jugendlicher systembezogen zu verstehen und den eigenen Gestaltungsspielraum zu nutzen
- die eigene Handlungsfähigkeit im transkulturellen Arbeitsfeld in Bildung, Sozialer Arbeit und Betreuung zu professionalisieren

Der CAS wird in Kooperation mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, dem Internationalen Sozialdienst Schweiz und dem SAH Schaffhausen durchgeführt.

Zielgruppe sind Lehrpersonen, Sozialarbeitende und Schulsozialarbeitende und weitere Fachpersonen

Dauer: Mai 2022 – August 2023
Lehrgangsführung: Bettina Looser

Informationen unter: http://tiny.phzh.ch/CAS_Bildung_Flucht
Anmeldung http://tiny.phzh.ch/CAS_Bildung_Flucht_Anmeldung

Pädagogische Hochschule Schaffhausen
www.phsh.ch



Danke, Schweiz!

Der Verein «Education for Integration» hat ein neues Hilfsprojekt gestartet, um notleidenden Menschen in Afghanistan zu helfen. Unterstützt werden auch arbeitslos gewordene Lehrerinnen.
Von Daniela Martins

Die Situation in Afghanistan wird von Tag zu Tag schlimmer. Seit die NATO ihre Truppen aus Afghanistan im August 2021 abgezogen hat, haben die Taliban wieder die Macht übernommen. Nun steht Afghanistan unter der Kontrolle der Taliban.

Aufgrund des Krieges sind viele Familien gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen und alles zurückzulassen. Viele von ihnen haben geliebte Menschen verloren und haben Mühe damit, einen sicheren Ort zu finden. Nach Angaben des UNHCR, der Flüchtlingshilfsorganisation der Vereinten Nationen, mussten mehr als 40000 Menschen aus ihren Häusern fliehen, dies in der Hoffnung, in nahe gelegenen grösseren Städten Schutz zu finden.

Das Land ist in einer humanitären Krise. Viele Menschen konnten seit den politischen Umbrüchen nicht arbeiten und haben somit kein Geld, um Lebensmittel zu kaufen. Laut Welthungerhilfe ist die Mehrheit der Einwohner Afghanistans auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Da wir Kontakte in Afghanistan haben, sind wir immer auf dem neusten Stand und wissen, wie die Lage vor Ort ist. Einheimische haben uns bestätigt, dass die Situation in Afghanistan sehr instabil ist. Wir haben auch in Erfahrung gebracht, dass in den grösseren Städten wie Kabul und Kandahar jetzt viele Menschen obdachlos sind. Die Städte standen unter Beschuss, unschuldige Zivilisten wurden zum Opfer des Krieges.

Nun benötigen viele Menschen Hilfe, um mindestens ihre existenziellen Bedürfnisse zu decken.

Deshalb haben wir in Afghanistan das neue Projekt «Danke Schweiz» gestartet, um Familien in Not zu helfen, wenigstens zu überleben. Zusammen mit verschiedenen lokalen Freiwilligen, die an verschiedenen Orten in Afghanistan tätig sind, verteilen wir Lebensmittel an diese Menschen. Unser Ziel ist es, so viele Menschen wie möglich mit lebensnotwendigen Gütern zu unterstützen. Nebst dem wollen wir den Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes die Botschaft vermitteln, dass wir bei ihnen sind, sie nicht allein lassen und nicht vergessen.

Steigende Nachfrage nach Hilfe

Mit unserem Spendenaufruf auf Social Media war es uns bis jetzt möglich, über 8300 Familien zu helfen. Die Nachfrage nach Hilfe ist in kurzer Zeit drastisch gestiegen, da unsere Organisation in den afghanischen Nachrichten erwähnt wurde. Aus diesem Grund haben sich bei uns über 40000 Familien gemeldet, dass sie unsere Hilfe benötigen.

Das Projekt «Danke Schweiz» versorgt in Afghanistan verschiedene Menschen für zwei Wochen mit Öl, Bohnen, Reis und Wasser. In Kabul, Takhar, Herat sowie auch in Gazni sind wir bereits aktiv, nun planen wir auch in Panjshir Menschen zu unterstützen. Wir beliefern pro Tag 400 bis 700 registrierte Familien mit unseren Hilfspaketen, die von



unseren lokalen Mitarbeitenden zusammengestellt werden.

Zudem verteilen lassen wir dreimal pro Woche eine Mahlzeit an 600 nicht-registrierte Familien auf den Strassen verteilen. Sie erhalten eine Box mit Gemüse, Brot und eine Flasche Wasser.

Unter diesen Familien sind viele Frauen, die durch den Krieg ihre Ehemänner verloren haben und jetzt unter dem neuen Regime nicht mehr arbeiten können. Der Regierungswechsel hat zudem auch dazu geführt, dass viele Mädchenschulen geschlossen wurden und weibliche Lehrpersonen nun arbeitslos sind. In einer Aktion konnten wir bereits 150 Lehrerinnen unterstützen. Insgesamt sind weitere 2500 Lehrerinnen bei uns registriert, die unsere Hilfe brauchen.

Spendenaufwurf

Im Moment setzen 75 lokale Mitarbeitende in den verschiedenen Städten das Hilfsprojekt um. Durch die Zusammenarbeit mit unseren fünf Projektverantwortlichen vor Ort sind wir mit der aktuellen Situation vertraut und immer auf dem neusten Stand.

Bis jetzt war es uns nur durch das Sammeln von Spenden möglich, diesen Menschen zu helfen. Weil wir weiterhin helfen wollen, machen wir auch mit unseren Spendenaufrufen weiter. Bald bricht der Winter in Afghanistan aus, die vielen Menschen, die immer noch auf der Strasse leben, benötigen dann dringend Schutz vor der Kälte. Gerne würden wir diese Menschen mit Decken und warmer Kleidung versorgen. Für die Hilfspakete brauchen wir Ihre und Eure Hilfe. Nur durch Spenden können wir viele Menschen in einer solch herausfordernden Situation unterstützen.

Spenden für «Danke Schweiz!» bitte unter: <https://wemakeit.com/projects/donation-for-afghanistan> ■

Weitere Information zum Verein unter:

Homepage: educationforintegration.ch

20 Minuten: www.20min.ch/story/mit-erlaubnis-der-taliban-bekaempft-er-den-hunger-993729401619

Kult: kult.ch/a/s2F3iiT1cKqeypt/afghanistan-krieg-sohail-khan-taliban

Fokus: fokus.swiss/business/bildung/als-fluechtling-verlaest-in-erster-linie-seine-heimat/

Berichterstattung in Afghanistan über die Hilfsprojekte:

<https://fb.watch/8sAhKWqc7N/>

https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=4295712063830569&id=830243900377420

<https://youtu.be/3WzdgolV5v4>

Daniela Martins ist beim Verein «Education for Integration» für Kommunikation zuständig.

Hilfe im Herkunfts- und Ankunftsland

Im Verein «Education for Integration» engagieren sich Menschen mit und ohne Fluchthintergrund für eine bessere Integration von Geflüchteten in der Schweiz. Wir bieten eine Plattform für Freiwillige, die humanitäre Arbeit leisten, etwas verändern und aktiv werden wollen. Im Moment wird der Verein nur von freiwilliger Arbeit getragen. Gemeinsam werden politische, soziale sowie juristische Probleme diskutiert und gemeinsam wird versucht, für diese Lösungen zu finden. Ziel des Vereins ist es, durch die Zusammenarbeit von Geflüchteten mit lokalen Personen Integration zu erleichtern und zu verbessern.

Neu engagieren wir uns – zusammen mit Freiwilligen vor Ort – auch in Afghanistan dafür, Menschen in Not mit Lebensmitteln zu beliefern.





Von Flucht und Ankommen

Migration hat viele Facetten. Hier eine Auswahl von Büchern, in denen Geflüchtete ihre Geschichten erzählen oder zentrale Fragen der Migrationspolitik behandelt werden.

Betroffenenberichte und Analysen

Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Familie in der Schweiz Asyl beantragen, werden offiziell «Unbegleitete minderjährige Asylsuchende» (UMA) genannt. In dem Sammelband «Mutter, mach dir keine Sorgen, das ist eine ganz andere Welt» erzählen insgesamt elf UMA von Fluchtgründen und ihren prägenden Erfahrungen, von der Ankunft in der Schweiz, wo sie nach ihrer grossen Willensleistung auf der Flucht auf einmal warten müssen und nichts tun können. Die Erzählungen ermöglichen auch Einsichten in die Bemühungen der Schweiz um Integration. Drei Fachtexte thematisieren zudem Herkunft und Fluchtrouten, die UN-Kinderrechtskonvention sowie Modelle zu Unterbringung und Betreuung von UMA.

Solidaritätsnetz Ostschweiz und Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Ostschweiz (Hg.) **«Mutter, mach dir keine Sorgen, das ist eine ganz andere Welt.»** Unbegleitete minderjährige Asylsuchende in der Schweiz erzählen. Mit Fotografien von Ahmad Motalaei. Zürich, 2021. 256 Seiten, circa Fr. 34.–

Bedeutung von Solidarität und humanitärer Hilfe

Die Schweiz hat eine lange Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingskindern. Die beiden Journalisten Martin Arnold und Urs Fitze ziehen mit den Mitteln der historischen Recherche und der Reportage einen Querschnitt durch das 20. und 21. Jahrhundert. Anhand von Porträts und zahlreichen Erzählungen von Geflüchteten und Helfenden beleuchten sie Fragen von humanitärer Hilfe und Integration in der neuen Heimat.

Das Buch blickt unter anderem zurück auf den Zweiten Weltkrieg und auf die Zeit der Ungarnflüchtlinge. Der historische Vergleich macht Parallelen der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar und wirft die Frage nach der Bedeutung von Solidarität auf – damals wie heute.

Martin Arnold und Urs Fitze. **Kinder auf der Flucht.** Humanitäre Hilfe und Integration in der Schweiz vom Ersten Weltkrieg bis heute. Zürich, 2020. 240 Seiten, circa Fr. 36.–

Überleben ungewiss

In dem Buch «Die Überfahrt» erzählt Seyid Hussein Hussein von seinen Erfahrungen auf der Flucht: von vielen gefährlichen Situationen wie dem vollen Schlauchboot, den Instruktionen beim Einstieg zum Umgang mit dem Aussenbordmotor und einer Telefonnummer, die man auf hoher See bei technischen Schwierigkeiten anrufen sollte.

Ungewissheiten und Todesängste quälen die Menschen auf ihrer Reise. Seyid Hussein Hussein's Bericht schildert das unmittelbare Erleben auf seiner Flucht von Afghanistan in die Schweiz 2015. Er zeigt damit anschaulich, was Millionen von Menschen zu erleiden hatten und haben.

Seyid Hussein Hussein. **Die Überfahrt. Ein Bericht.** Zürich, 2020. 160 Seiten, circa Fr. 28.–

Identitätsverlust und Fremdheit

Weil er ein regimekritisches Theaterstück geschrieben hat, muss Usama Al Shahmani 2002 den Irak fluchtartig verlassen. Heute lebt er in Frauenfeld, hat eine Familie, baut sich ein zweites Leben auf. Der Journalistin und Autorin Bernadette Conrad erzählt er Alltagsgeschichten aus dem Irak, die stets existentielle Dimensionen von Krieg, Flucht, Identitätsverlust und Fremdheit haben. So berichtet er etwa von seinem verschwundenen Bruder, dem plötzlichen Abbruch eines gewohnten Lebens und seinen Erfahrungen bei einem Besuch im Irak.

Usama Al Shahmani und Bernadette Conrad. **Die Fremde – ein seltsamer Lehrmeister.** Eine Begegnung zwischen Bagdad, Frauenfeld und Berlin. Zürich, 2016. 200 Seiten, circa Fr. 34.–



Scenes from a Dry City

Drei Jahre lang Dürre. Drei Jahre lang Entbehrung und sich zuspitzende Ungleichheiten. Der Kurzfilm «Scenes from a Dry City» von Simon Wood und François Verster zeigt Kapstadt auf dem Höhepunkt der Wasserkrise und lädt dadurch zur Diskussion von Werten, Perspektiven und Handlungsmotiven ein. Denn Wasser wird, obwohl es die Grundlage für alles Leben ist, täglich verschmutzt, verschwendet und nicht zuletzt immer wieder aufs Neue in seiner Kraft unterschätzt. Von **éducation21**

Das von **éducation21** aufbereitete Themendossier «Wasser» ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung mit Fokus auf BNE-Kompetenzen. Mit den gebündelten und schulstufengerechten Lernmedien, Praxisbeispielen sowie Bildungsaktivitäten kann Wasser als Grundlage für alles Leben – die wir gleichzeitig verkaufen, verbrauchen und verschwenden – im Unterricht näher betrachtet werden.

Ein Polizist nimmt illegale Autowäscher fest. An einer Wasserstelle besorgen Kapstädterinnen und Kapstädter Wasser für den täglichen Gebrauch. Golfer spielen auf grünen Rasenflächen zwischen Wasserkanälen, die nur noch kleine Rinnsale führen. Leute aus den Townships protestieren gegen die ungleiche Verteilung des Wassers und an einem Gottesdienst beten Gläubige frenetisch für Regen. Dies sind Szenen der südafrikanischen Filmemacher Simon Wood und François Verster aus einer Stadt, die unter Wassermangel leidet.

Ab 2015 erlebte die südafrikanische Metropole Kapstadt eine dreijährige Dürreperiode und eine damit verbundene Wasserknappheit. Im Oktober 2017 setzte die Regierung Wasserbeschränkungen durch und ordnete Rationalisierungen an, um zu verhindern, was unvermeidlich schien: Day Zero. Der Tag, an dem die Wasserhähne in der ganzen Stadt versiegen würden.

Soziale Ungleichheit und Ästhetik vereint

Während die Dokumentarfilme von François Verster vorwiegend von sozialer Ungleichheit handeln, sind Simon Woods Arbeiten von einer starken Ästhetik geprägt. So überschneiden Drohnenaufnahmen von ausgetrockneten Stauseen und Abfall in Abwasserkanälen wie auch Unterwasser-aufnahmen die Szenen der Einwohnerinnen und Einwohner von Kapstadt oder rahmen sie ein. Simon Wood beruhigt mit seiner ästhetischen Herangehensweise den Film und zeigt die Auswirkungen der Dürre auf die Natur.

Aus der Perspektive des Wassers

Der Film erhebt keinen Anspruch auf eine möglichst ausgewogene, objektive Berichterstattung. In einem Interview auf der Plattform «we are moving stories» sagen die Filmemacher, dass sie in der Wasserkrise eine Chance sahen, die Effekte der Krise

auf die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu zeigen und die Ungleichheiten, die bereits vor der Krise bestanden, sichtbar zu machen. Sie haben bewusst keinen Erklär-film zur Wasserkrise gedreht, sondern versucht, Wasser als Objektiv zu nutzen, um die gesellschaftliche Dynamik an einem Ort zu sichtbar zu machen.

Was ihnen gelungen ist, denn der Kurzfilm «Scenes From a Dry City» zeigt Kapstadt auf dem Höhepunkt der Wasserkrise. Die Filmemacher machen deutlich, wie unterschiedlich die Bedingungen der Stadtbe-wohnerinnen und -bewohner in der Krise sind und wie bereits bestehende soziale Ungleichheiten verstärkt werden.

Extreme Dürre führt zu Wasserrationierung

Die Grossstadtreion Kapstadt im Südwesten Südafrikas ist auf sechs Staudämme angewiesen, welche die Niederschläge speichern, die vor allem in den Wintermonaten zwischen Mai und Oktober fallen. In den Jahren 2015



Scenes from a Dry City

Dokumentarfilm von Simon Wood und François Verster, 12 Minuten

Produktion: Field of Vision, Südafrika 2019

Didaktisches Material: éducation21

Schulstufe: 3. Zyklus, Sekundarstufe II

(Gymnasium, Berufsbildung)

Sprache: Englisch mit deutschen, französischen und italienischen Untertiteln

bis 2017 fielen jedoch nur 50 bis 70 Prozent des langfristigen Niederschlagsmittels, so dass im August 2017 die Stauseen rund um Kapstadt nur zu 37 Prozent gefüllt waren.

Aus diesem Grund kürzten die Regierung der Provinz Westkap und die Bürgermeisterin das verfügbare Frischwasser pro Person zunächst auf 87 Liter, ab Februar 2018 auf 50 Liter und erhöhten die Gebühren für Wasser. Diese Menge musste fürs Trinken, Duschen, Putzen, Kochen und die Toilettenspülung reichen. Zum Vergleich: In der Schweiz benötigt jede Person durchschnittlich 142 Liter Trinkwasser pro Tag im Haushalt.

Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsstruktur

Eine weitere Ursache für die Wasserkrise war das Bevölkerungswachstum. Kapstadts Einwohnerzahl ist seit 2001 durch Einwanderung von 2,9 auf 4,5 Millionen Menschen angestiegen. Die Wasserversorgung, die einzig auf Oberflächenwasser beruht, hielt mit dieser Entwicklung aber nicht mit.

Die Bevölkerungsstruktur von Kapstadt zeichnet sich durch grosse Ungleichheit aus. Als Folge der Apartheid lebt knapp die Hälfte der Bevölkerung von Kapstadt in Townships, den Armenvierteln, am Stadtrand und ist nur ungenügend mit Basisdienstleistungen versorgt. Im Township Khayelitsha hatten schon vor der Krise nur 65 Prozent der Einwohner direkten Zugriff auf sauberes Wasser. Insgesamt verbrauchten die knapp zwei Millionen meist schwarzen Township-BewohnerInnen im Vergleich zur Mittel- und Oberschicht 2018 vier Prozent des gesamten Wassers.

Menschen aus der Mittel- und Oberschicht liessen sich während der Wasserkrise ein Loch für Grundwasser auf dem eigenen Grundstück bohren (Szene im Film). Dadurch ist der Grundwasserpegel jedoch gesunken. Die Regierung hat reagiert und erliess Restriktionen gegen die Bohrlöcher.

Auch politische Spannungen erschwerten eine Lösung. Die Nationalregierung und die Provinzregierung wurden während der Wasserkrise von unterschiedlichen Parteien geführt. Es kam deshalb immer wieder zu gegenseitigen Schuldzuweisungen und mangelnder Kooperation zwischen den beiden Regierungsebenen. Die Stadt hatte ausserdem über Jahre ein schlechtes Wassermanagement: Fehlende Investitionen in die Infrastruktur haben dazu geführt, dass sehr viel Wasser durch Lecks verloren ging.

Die Folgen der Wasserkrise

Die wirtschaftlichen Folgen der Wasserrestriktionen waren enorm. Zahlreiche auf Wasser angewiesene Betriebe wie Gärtnereien und Autowaschanlagen gingen Konkurs. Die Landwirtschaft, die im Westkap für 29 Prozent des Wasserverbrauchs verantwortlich ist, hat Verluste in Millionenhöhe verzeichnet. Die Tourismusbranche hat unter der negativen Berichterstattung gelitten.

Dank der unterschiedlichen Massnahmen der Regierung konnte der Wasserverbrauch im Jahr 2018, im Vergleich zu 2015, um die Hälfte reduziert werden. Neben den Rationierungsmassnahmen hat die Regierung in vielen Stadtteilen den Wasserdruck gesenkt und es wurde in alternative Wasserquellen wie Grundwasser, Entsalzung und Aufbereitung von Brauchwasser investiert. Gleichzeitig stellten Landwirte der Stadt Millionen Liter Trinkwasser aus privaten Auffangbecken zur Verfügung.

Die Wasserkrise führte insgesamt zu mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung alternativer Wassersysteme. Ausserdem wurde durch die Krise und die grosse Informations- und Aufklärungskampagne klar, wie viel Einsparpotenzial durch eine Verhaltensänderung im Umgang mit Wasser mobilisiert werden kann.

Didaktischer Impuls

Lernziele

Die SchülerInnen lernen ihren eigenen Wasserverbrauch zu hinterfragen. Sie erfahren am Beispiel der Wasserkrise von Kapstadt, wie sich ein Mangel an Ressourcen auf die Gesellschaft auswirkt und nehmen die Perspektiven von unterschiedlichen Einwohnern und Einwohnerinnen von Kapstadt ein. Die SchülerInnen formulieren Lösungsvorschläge und vernetzen unterschiedliche Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung.

Stufe

3. Zyklus, Sek II (Gymnasium, Berufsbildung), ab 12 Jahren

Dauer

5 Lektionen

Ablauf

Der didaktische Impuls ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil diskutieren die SchülerInnen ausgehend vom eigenen Wasserverbrauch der letzten 24 Stunden zu zweit, wo sie konkret Wasser einsparen können. Nach Hintergrundinformationen zur Wasserkrise in Kapstadt und der Sichtung des Films werden im Plenum oder mit der Kugellagermethode Fragen diskutiert.

Der zweite Teil lässt die SchülerInnen in Vierergruppen einerseits nochmals den Film Revue passieren und bietet andererseits die Möglichkeit, dass sie sich mit der Filmmachart auseinandersetzen. Dafür erhalten sie 16 Bilder von Szenen aus dem Film.

Zum Abschluss machen die SchülerInnen im dritten Teil ein Rollenspiel: Die Verwaltung Kapstadts hat Sprechstunden eingerichtet. Es werden vier EinwohnerInnen angehört, die ihre Wasserprobleme schildern. Die Verwaltung sucht anschliessend nach Lösungen, die möglichst viele dieser Wasserprobleme löst.

Die ausführliche Version des didaktischen Impulses inklusive aller Arbeitsblätter sowie den Film (Video on Demand) finden Sie unter catalogue.education21.ch mit dem Stichwort «dry city» oder unter diesem QR-Code:



éducation21 ist das nationale Kompetenzzentrum für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Die Stiftung bietet Schulen, Lehrpersonen und Bildungsakteuren praxisorientierte Beratung und Expertise zu BNE. Dazu gehören das praxisorientierte und schulstufengerechte Angebot an evaluierten Lernmedien, Filmen und Bildungsaktivitäten, die Themendossiers, Finanzhilfen sowie die BNE-Netzwerke «Schulnetz21» und «Bildungslandschaften21».

Schwacher Leistungsausweis, grosse Schäden

In seinem Buch «Der bildungsindustrielle Komplex» analysiert Richard Münch die Auswirkungen der neoliberalen Bildungsreformen in den USA. Von Daniel Barth

Richard Münch legt mit seiner Studie eine sorgfältige Analyse der wichtigsten Schulreformen vor, wie sie über die vergangenen fünf Jahrzehnte in den Vereinigten Staaten Amerikas implementiert worden sind. Besondere Beachtung finden die drei Programme «A Nation at Risk» (ab 1983 unter Ronald Reagan), «No Child Left Behind NCLB» (ab 2001 unter George W. Bush) und das Nachfolgeprogramm «Race to the Top RTTT» (ab 2009 unter Barack Obama). Unabhängig von der politischen Agenda der jeweiligen Administration geht es in diesen drei Schulreformen um mehr Effizienz (Verbesserung der Lernleistungen: «educational achievement») und mehr Gerechtigkeit (Verringerung der Streubreite der Lernleistungen von Schulen und Schüler*innen: «closing the achievement gap») (S. 215). Münch rezipiert in eindrücklichem Umfang die Ergebnisse der empirischen Bildungsforschung und stellt eigene Berechnungen an (z.B. S. 246ff.), um die Erreichung dieser beiden Ziele zu beurteilen. Sein Fazit ist ernüchternd: «Das öffentliche Schulwesen hat im gesamten Zeitraum keinen dramatischen Leistungseinbruch erfahren, weder im durchschnittlichen Leistungsniveau, noch in den Leistungsunterschieden zwischen Arm und Reich. Verbesserungen im Leistungsniveau und in der Verringerung der Leistungsunterschiede sind vor allem im ersten Jahrzehnt zwischen 1971 und 1980 [...] erzielt worden, danach nur noch in geringerem Umfang oder gar nicht. Insbesondere sind seit der mit No Child Left Behind 2002 einsetzenden Bewegung hin zu Wettbewerb, Privatisierung und standardisierten Leistungstests die geringsten Verbesserungen festzustellen» (S. 238).

Steigender Einfluss der Bildungsökonomie

Dieser schwache Leistungsausweis der neoliberalen Schulreformen ab Beginn der 80er-Jahre bedeute nun aber nicht, dass alles beim Alten geblieben sei. Münch analysiert auch die latente Funktion sowie die nicht-intendierten Effekte der neoliberalen Schulreformen. Deren Kern bestehe in einer Umstellung von Input- auf Output-Steuerung, was die Bildungsinstitutionen unter Rechtfertigungszwang setze: Schulen hätten ihre Qualität fortan mit entspre-

chenden Kennzahlen nachzuweisen. Das «Accountability-Regime» (S. 266) hat zu einem verstärkten Einfluss der empirischen Bildungsforschung und der Bildungsökonomie geführt, was Münch in Analogie zum «militärisch-industriellen Komplex» (Eisenhower; Mills) als «bildungsindustriellen Komplex» bezeichnet. Münch macht diese Machtverschiebung im Dreieck Lehrerschaft (Berufsverbände), kommunale Schulbehörde (autonome School Boards) und bundesstaatliche Bildungsadministration konkret sichtbar, indem er zum einen die global agierenden Akteure beschreibt (z.B. Pearson Education), zum andern die Geldströme beziffert, welche in die «Testindustrie» fliessen. Wenn «Schüler/innen, Lehrer/innen, Schulleitungen, Eltern und Schuladministrator/innen hauptsächlich damit beschäftigt [sind], Bildungsdaten herzustellen», könne man von einer «Verdinglichung» (Weber) bzw. von einer «Kolonialisierung» (Habermas) pädagogisch strukturierter Handlungsfelder durch die Ökonomie sprechen (S. 21).

Demoralisierung durch Verantwortungszuweisung

Die Phänomene, an denen sich die «Entfremdung» (Hegel/Marx) der Pädagogen von ihrer Arbeit zeige, sind folgende (S. 310f. und S. 319ff.): Der Fokus auf kognitive Kompetenzen führe zu einer Verarmung von Curriculum und Unterricht (teaching to the test). Die teilweise Delegation der Beurteilung von Lernergebnissen an professionsfremde Experten habe eine Deprofessionalisierung des Lehrpersonals zur Folge. Die «Optimierung» der Schülerpopulation vor den Leistungschecks (leistungsschwache Schüler*innen werden vom Test ausgeschlossen) gehe mit einer Entsolidarisierung zwischen Lehrerschaft und Schülerschaft einher. Die verheerendste Nebenfolge des neoliberalen «Accountability-Regimes» besteht nach Münch aber darin, dass «die Lehrkräfte für das Schulversagen der Kinder verantwortlich gemacht [werden], die aufgrund ihrer familiären Situation gar nicht in der Lage sind, gute Leistungen in der Schule zu zeigen» (S. 320), was eine «Demoralisierung der Lehrerschaft» (S. 317) bewirke, so dass der Beruf für junge Menschen unattraktiv werde.



Münch, Richard (2018). Der bildungsindustrielle Komplex. Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat. Weinheim und Basel: Beltz-Juventa. 392 Seiten, circa Fr. 40.–

Bildungspolitik kann Sozialpolitik nicht ersetzen

Münch rezipiert eine Untersuchung der American Statistical Association aus dem Jahre 2014, wonach nur 1 bis 14 Prozent der Schülerleistungen auf Effekte der Lehrkräfte zurückzuführen seien (S. 264 und S. 317). Obwohl der überwältigende Einfluss von demographischen Faktoren also statistisch erwiesen ist, wird die Qualität der Schulen ausschliesslich an deren «Outcomes», das heisst an den gemessenen Schülerleistungen in Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften gemessen. Münch interpretiert diesen Widerspruch gesellschaftstheoretisch: «Wider besseres Wissen [wird] nahezu die gesamte Inklusionsleistung der Gesellschaft der Schule und letztendlich der Lehrerschaft übertragen [...]. Diese Programmatik scheitert erst recht, wenn die Lehrerschaft auch wider besseres Wissen zum Sündenbock für die Versäumnisse der Sozialpolitik gemacht wird. Lehrer/innen [...] sind für diese schlichtweg unerfüllbare Aufgabe nicht im Geringsten geeignet» (S. 148). Münchs gelungene soziologische Analyse der amerikanischen Schulreformen entlastet nicht nur die Lehrer, sondern entlarvt das neoliberale Credo, wonach Bildungspolitik die beste Sozialpolitik sei (S. 11), als empirisch unhaltbar. Die Förderung von Chancengleichheit im Bildungssystem kann unmöglich an die Stelle eines sozialstaatlichen Ausgleichs von ungleichem Erfolg auf dem Arbeitsmarkt treten.

Die Studie von Münch ist allen bildungssoziologisch interessierten Schulpädagog*innen sehr empfohlen. Sie vereint zum einen eine gesellschaftstheoretische Analyse des Bildungssystems mit einer fundierten Empirie US-amerikanischer Schulreformen, zum andern bringt sie pädagogisches Engagement mit wissenschaftlicher Distanzierung zusammen. Selbst wenn das neoliberale Paradigma der Accountability die Schweizer Schulreformen weniger tiefgehend prägt als in den Vereinigten Staaten (z.B. erhebt die externe Schulevaluation im Kanton ZH keine Kennzahlen zur Lernleistung der Schüler*innen), so sind doch auch hierzulande Entwicklungen im Gange (z.B. das geplante Schweizer Bildungsmonitoring; vgl. dazu vpod-bildungspolitik, Nr. 185, 2014), deren Auswirkungen sich mit Münchs Studie besser verstehen und beurteilen lassen. ■

Dr. Daniel Barth ist Senior Lecturer an der Hochschule für Heilpädagogik Zürich.

Der Vorstand des VSoS:

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin Bern, Präsidentin

Barbara Breitenstein, Berufsschullehrerin

Daniel Weibel, Schulleiter

Katrin Meier, Primarlehrerin

Nadine Maibach, Inklucerin



Selektion gearbeitet werden kann, unterstützten ersten Zyklus an alle Schüler:innen, die nicht

Inklusion von Anfang an

Der Verein für eine Volksschule ohne Selektion VSoS setzt sich ein für den Bildungszugang von allen Kindern. **Von Katrin Meier**

«Das Thema Schule ohne Selektion, wozu wir heute ein Manifest verabschiedet haben, steht für mich momentan im Zentrum». Das war als frisch gewählte Präsidentin der Kommission Bildung, Erziehung, Wissenschaft meine Antwort auf die Frage nach meinen Zielen.

Das «heute» in meiner Antwort bezog sich auf die Verbandskonferenz im Mai 2010 in Lausanne, dort haben wir das Manifest «Eine andere Schule ist möglich – für eine Volksschule ohne Selektion» verabschiedet. Eine selektionsfreie Schule ist für mich seit jeher ein grosses Anliegen, schon in meiner ersten Bewerbung für den Kantonsrat stand: «Ich setze mich für autonom geleitete, nicht selektive Schulen mit integrativem und förderorientiertem Unterricht in altersdurchmischten Klassen ein».

Kurz vor der Lancierung des Manifestes durch den VPOD besuchte Eva Baltensperger, die damalige Präsidentin des eben erst gegründeten VSoS, eine Kommissionssitzung, um ihren Verein und seine Arbeit vorzustellen. Dies war ein erster Kontakt mit Folgen: Im März 2010 trat ich dem VSoS als Einzelmitglied bei und konnte den VPOD als zweites Kollektivmitglied gewinnen. Nachdem wir die Chance verpasst haben, mit der Einführung des Lehrplan 21 an unserem hoch selektiven Schulsystem endlich etwas zu ändern, habe ich mich entschlossen, mich im Vorstand des VSoS aktiv für eine inklusive Volksschule zu engagieren.

Blick zurück

Die Forschung zeigt, dass die Selektion unsinnig ist und statt zu einer Verbesserung der Schule oder der Leistung der Schüler:innen das Gegenteil bewirkt. Diese Tatsache ist aber weder in der Gesellschaft noch in der Politik angekommen. Genau da setzt die Arbeit des VSoS ein, wir möchten informieren und sensibilisieren. Wir organisieren Schulbesuche, um aufzuzeigen, wie ohne

Politiker:innen bei ihren Vorstössen zu integrativen Schulmodellen und nehmen ganz allgemein zu schulpolitischen Fragen Stellung.

Wir diskutieren mit Interessierten über neue Wege im Schulalltag oder über die immer noch stark selektive Beurteilung von Schüler:innen; in Bern regelmässig am VSoS-Stammtisch im Effinger, etwas seltener in Zürich und bis vor kurzem auch in Luzern. Zudem vernetzen wir uns mit Organisationen und Einzelpersonen, deren Ziel es ebenfalls ist, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention inklusive statt selektive Entwicklungen in der Schweizer Bildungslandschaft voranzubringen.

Zweimal im Jahr informieren wir unsere Mitglieder und weitere Interessierte mit einem Newsletter und seit über fünf Jahren schreiben wir diese regelmässige Kolumne in der Bildungspolitik. Weiter nutzen wir unsere Webseite zum Verlinken verschiedenster Artikel zum Thema, posten Hinweise zu diversen Veranstaltungen und machen Werbung für innovative Schulen.

An unseren jährlich stattfindenden Hauptversammlungen im Herbst ergänzen wir die vereinsüblichen Traktanden jeweils mit einem spannenden Input, sei dies ein Sofagespräch zu mehr Vielfalt im Umgang mit Vielfalt, ein Referat zum Churer Modell oder – wie dieses Jahr – eine Diskussion zu den MOSAIK-Schulen, an welchen die Selektion in den Hintergrund tritt, wie uns Schulleiter und Schüler:innen zweier Schulen erzählten.

Blick in die Zukunft

Mit einem angepassten Positionspapier unter dem Titel «Jedes Kind genügt – Jedes Kind erhält Zeit – Jedes Kind gewinnt» starten wir die nächste Etappe. Bei der Gründung des VSoS stand die Selektion an der Schwelle zur Sekundarstufe I im Fokus. Unterdessen sehen wir Selektion umfassender an, denn das heutige Schulsystem selektioniert schon vom

in die starren Schubladen der Volksschule passen. Dies erschwert die Schullaufbahn und die Entwicklung der betroffenen Kinder enorm.

Was für uns intern schon lange klar war, wollen wir mit dem neuen Positionspapier vermehrt gegen aussen tragen: Wir wollen, dass kein Kind mehr durch Selektion vom Schulalltag am Wohnort oder von Bildungschancen ausgeschlossen wird. Diese Haltung wollen wir in den Vordergrund stellen.

Neue Inputs gesucht

Als nächstes planen wir eine gemeinsame Veranstaltung mit der Bildungsgruppe im Denknetz. Wir bleiben also dran, denn es gibt noch viel zu tun! Natürlich sind wir sehr interessiert an neuen Ideen und Meinungen. Auch möchten wir uns noch weiter vernetzen und suchen innovative Lehrer:innen, Schulleiter:innen und Bildungsinteressierte, die überzeugt sind, dass eine Schule ohne Selektion nicht nur Voraussetzung, sondern auch möglich und umsetzbar ist, so dass eine inklusive Schule entstehen kann. Bist du interessiert? Möchtest du Mitglied werden oder im Vorstand mitarbeiten?

Wir freuen uns auf einen anregenden Gedankenaustausch an unseren Veranstaltungen oder an unseren regelmässigen Vorstandssitzungen. Diese finden etwa zehnmal im Jahr statt, seit der Covid-Pandemie ab und an digital, aber hauptsächlich vor Ort in Bern. ■

Interessiert?

Melde dich über
www.vsos.ch, Kontakte!



Disziplin in der Schule

Die Weiterentwicklung von Unterrichtsformen und Schulstrukturen ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um Probleme mangelnder Disziplin zu lösen.

Von Liselotte Lüscher

Ziemlich offen und auch provokativ wurde in den 60er- und 70er-Jahren über das Problem der Disziplin in der Schule geschrieben und auch gesprochen. Disziplin war eines der Themen im Bereich der damals diskutierten Antiautoritären Erziehung.

Autorität und Frontalunterricht

Schriftsteller und Schriftstellerinnen schreiben eher selten über ihre Erlebnisse als Lehrer oder Lehrerin, Adolf Muschg tat es in seinem Buch «Mitgespielt», das 1969 erschien. Er beschreibt das Machtverhältnis in den Schulzimmern so: «Nicht wahr ihr seid die Schüler und ich bin der Lehrer, ihr seid dreiundzwanzig... und ich bin einer. Dreiundzwanzig gegen eins. Das ist ein schlechtes Verhältnis» (Muschg 1969, 225). Eine junge Lehrerin schrieb 1970 in einer Studentenzeitschrift «...hier sitzen die Schülerobjekte, in der Mehrzahl, in der Überzahl. Ein paar Bewegungen und ich wäre gefesselt, ein paar laute Rufe und man hörte mich nicht mehr.» Sie fragt sich, wie sie das verhindern kann und stellt fest: «Ich habe das Schulsystem hinter mir, ich kann strafen, also ärgern, oder drohen und Drohungen wahr machen...» (Frau Hofers Storch 1970, 10). Am Schluss des Artikels ruft sie dazu auf, diese Situation und damit das Schulsystem zu ändern, dies möglichst grundsätzlich. Bei Adolf Muschg ist die Lösung eine andere. Hier verweigert der Lehrer ganz einfach das

autoritäre Verhalten des Führenden und meint: «Ich mache nicht mit, wenn ihr nach dem geistigen Prügelstock hungert, nach den süßen Qualen der Autorität.» (Muschg 1969, 226). Das Schulsystem wird bei ihm nicht in Frage gestellt. Nur die Struktur im Klassenzimmer, eigentlich die Rolle des Lehrers und die Reaktion der Schüler auf seine Rolle, die Muschg als eine festgefahrene Verhaltensweise beschreibt. In beiden Texten wird vom Frontalunterricht ausgegangen. Adolf Muschg schildert diesen ausführlich: der Lehrer ging den Fenstern entlang, pochte mit seiner Hand auf jedes Pültchen, «... schritt zurück, wendet wieder, und lange so weiter, immer redend...» (ebd. 222).

Streit um Begriff und Phänomen

Es gibt ziemlich viele Bücher zum Problem der Disziplin in der Schule oder zum gestörten Unterricht, wie man diese schulischen Situationen oft nannte, um damit den Begriff der Disziplin vermeiden zu können. 2006 war der Bestseller «Lob der Disziplin» von Bernhard Bueb erschienen. Er wollte nach der antiautoritären Bewegung der 60er- und 70er-Jahre «Autorität und Disziplin wieder zu Ansehen verhelfen» (Rüedi 2011, 19). Als Reaktion auf das Buch wünschten einige anders gesinnte Pädagogen, dass der Begriff Disziplin möglichst nicht mehr gebraucht werde. Bereits 2007 erschien eine Gegendarstellung von Rolf Arnold,

ebenfalls einem Pädagogen, mit dem Titel «Aberglaube Disziplin». Er findet Disziplin sei ein «belasteter Begriff», er entstamme «dem Kasernenhof und der Vorstellung des unbedingten Gehorsams» (ebd. 23). Verschiedene Autoren brauchten aber den Begriff Disziplin weiterhin. Dies wahrscheinlich auch, weil jede Lehrperson weiss, was damit gemeint ist, weil jede Lehrperson Disziplinprobleme kennt, auch wenn sie nicht gern darüber spricht (ebd. 33). Die Verfasserin erinnert sich noch heute, nach Jahrzehnten, wie sie am ersten Tag in einer Stellvertretung an einer Landschule, einen im Schrank eingesperrten Schüler vorfand und kann sich an die Panik erinnern, die sie befiel, als sie wusste, sie muss reagieren, aber nicht wusste wie. Oder die Ängste, die sie verspürte, wenn sie, als damals häufige Stellvertreterin, die Türe aufmachte, zu einer Klasse, die sie noch nicht kannte.

Jürg Rüedis Buch von 2011 zum Thema trägt den Titel «Wie viel und welche Disziplin braucht die Schule?». Auch er braucht den Begriff weiterhin. Der Psychologe Christoph Eichhorn gibt sich moderner und nennt sein Buch von 2008 «Classroom-Management», doch im 1. Kapitel wird klar: Es geht um Disziplinprobleme an Schulen. Eines der Kapitel ist zum Beispiel überschrieben mit: «Mangelnde Disziplin ist der stärkste Belastungsfaktor für Lehrer» (Eichhorn 2008, 15).

Selten werden bei den verschiedenen Autoren die Schulstruktur und die Unterrichtsformen angesprochen und Gründe für Disziplinprobleme dort gesucht. Immerhin bei Rainer Winkel, der 1976 ein handliches kleines Buch «Der gestörte Unterricht» verfasste, welches mehrmals neu aufgelegt wurde, gibt es Hinweise in diese Richtung. Er erwähnt die Untersuchung von Reinhard und Anne-Marie Tausch von 1971. Durch die beiden wurde das unterschiedliche Sprachverhalten zwischen Lehrperson und Schülern/Schülerinnen untersucht und damit der Frontalunterricht. Nach ihnen werden laut ihrer Untersuchung sechzig Prozent aller Wörter im traditionellen Unterricht von der Lehrperson gesprochen, jedem Schüler und jeder Schülerin bleiben ein bis zwei Prozent des Sprechmasses (Winkel 1993, 75). Der Frontalunterricht, in seiner traditionellen Form, wurde damit schon in den 70er-Jahren wissenschaftlich fundiert in Frage gestellt. In der Folge fordert Winkel, dass Lernsituationen geschaffen werden müssten, «indem wir die Kinder selber lehren lassen» und er fordert den «Abbau der Lehrerdominanz!» (ebd. 167).

In einer Befragung des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer von 1998 mit über 500 Beteiligten wird klar, dass die Befragten «die Ursachen für Disziplinschwierigkeiten vor allem ausserhalb der Schule» sehen, also z.B. im Elternhaus oder im Einfluss von Gleichaltrigen. Zu Beginn der Broschüre, die die Auswertung der Befragung zusammenfasst, wird auch klar festgehalten: «...dass es Disziplinschwierigkeiten gibt». Es werde sie auch immer geben und die Frage sei nur, wie man ihnen begegnen solle. Das Tabu Disziplinschwierigkeiten müsse gebrochen werden, man müsse offen darüber sprechen, wird gefordert. Nirgends wird auf die Unterrichtsformen hingewiesen oder die Schulsituation wie oben beschrieben angeschaut. Zu Beginn der Broschüre wird festgestellt, Disziplinprobleme seien «ein Teil der Schule» (LCH 1998,1).

Wie Disziplinprobleme reduziert werden

Doch inzwischen hat sich einiges geändert. Im Lehrplan 21 für die Deutschschweiz, von der Erziehungsdirektorenkonferenz entwickelt und ab 2018 eingeführt, steht, im Unterricht sollen «die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit haben zusammenzuarbeiten und sich über unterschiedliche Lernwege, Konzepte u.a. auszutauschen». Sie sollen auch «Gelegenheit haben, Sachen und Situationen eigenhändig zu erschliessen und zu bearbeiten» (Lern- und Unterrichtsverständnis, Lehrplan 21). Frontalunterricht in der traditionellen Form und wie ihn Tausch und Tausch noch vorgefunden haben, ist damit kaum mehr möglich.

Ein Reallehrer mit Zusatzausbildung für die Oberstufe sagt in einem Gespräch, dass in der Mosaikschule in Bern, an der er arbeitet, Disziplinprobleme fast ganz wegfallen würden. Dort wird auf der Oberstufe sowohl alters- als auch niveaumässig gemischt unterrichtet. Kinder der 7. bis 9. Klasse und Real- und Sekundarschülerinnen und -schüler finden sich gemeinsam in einer Klasse. Konkret heisst das: es gibt pro Klasse mehrere sowohl alters- als auch niveaumischte Lerngruppen, die jeweils von einem Schüler oder einer Schülerin der 9. Klasse betreut und geführt werden. Damit wird das Arbeitsklima nicht von der Lehrperson bestimmt, sondern von der einzelnen Gruppe und ihrer Leitung und jeweils an die neu in die Oberstufe Eintretenden weitergegeben oder gemeinsam weiterentwickelt. Wie im Lehrplan 21 gefordert, tauschen sich die Schülerinnen und Schüler über Lernwege und Konzepte aus und all dies unter sich oder auch mit Unterstützung der Lehrperson. In diesem Modell gibt es selbstverständlich auch Einzelarbeit und Gruppenunterricht mit der Lehrperson zusammen, aber sehr wenig Frontalunterricht. Neu ist an der Mosaikschule ebenfalls, dass seit kurzem die Einstufung ins Real- oder Sekundarniveau in letzter Instanz bei den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern liegt. Dieses neue Verfahren soll die gängige Praxis des Selektionsprozesses mildern.

Selbstverständlich ist der Reallehrer, mit dem ich sprach, auch in der Mosaikschule der Ansprechpartner, wenn es in den Lerngruppen oder der Klasse Probleme, auch Disziplinprobleme, gibt. Das sind, wie er betont, verschwindend wenige im Vergleich zu seinen früheren Erfahrungen. Als er an traditionellen Realklassen tätig war, hatte er oft mit Disziplinproblemen zu kämpfen. Gerade Schülerinnen und Schüler, die den Sekundarschulübertritt nicht geschafft haben und dann getrennt von den arrivierten Schülerinnen und Schülern unterrichtet werden, verlieren oft das Interesse an der Schule, an ihrer Ausbildung und verhalten sich dann im Unterricht entsprechend.

Eine vor kurzem pensionierte Primarlehrerin, die an einer dritten und vierten Klasse in einem Modell Twann in Bern arbeitete, sagt Ähnliches zum Thema Disziplin wie ihr Kollege an der Mosaikschule. Das Modell Twann mischt zwar die Schülerinnen und Schüler nicht auch noch altersmässig, sondern nur hinsichtlich der Stufen, das heisst Real- und Sekundarschüler und -schülerinnen werden gemeinsam unterrichtet. Damit wird das bekannte «Ablöschchen» der Realschüler und -schülerinnen stark reduziert. Es kann aber auch bei vermehrtem Gruppenunterricht, wie ihn der Lehrplan 21 vorschlägt, zu Unterrichtsstörungen bzw. Disziplinproblemen kommen. Die von den erwähnten Autoren

«[...] realisieren wir weiterhin Strukturen und Unterrichtsformen, die die Kinder zusammenführen, die Lehrperson nicht vor sie, sondern in ihre Mitte stellen [...]»

empfohlenen pädagogischen Mittel wie zum Beispiel die Förderung der Lernmotivation, spielen selbstverständlich nach wie vor eine Rolle. Etwas vom Wichtigsten ist aber wahrscheinlich das von Rüedi erwähnte Zitat von Tolstoi: «Man kann ohne Liebe Holz hacken, Ziegel formen, Eisen schmieden. Aber man kann nicht ohne Liebe mit Menschen umgehen» (Rüedi 2011, 226). Nach Ansicht der ehemaligen Primarlehrerin könnten Störungen in der Schule noch stärker reduziert werden, wenn die Noten abgeschafft würden. Denn Schüler oder Schülerinnen, die dauernd schlechte Noten hätten, neigten dazu, gegen die Schule zu rebellieren.

Dass über Disziplinprobleme in der Schule gesprochen wird, diese Forderung ist sicher richtig, aber suchen wir dafür nicht nur die altbekannten Rezepte. Stellen wir weiterhin die Notengebung grundsätzlich in Frage und realisieren wir weiterhin Strukturen und Unterrichtsformen, die die Kinder zusammenführen, die Lehrperson nicht vor sie, sondern in ihre Mitte stellen und die damit das «einer gegen 23» definitiv aufheben. ■

Literatur:

Eichhorn, Christoph, Classroom-Management, Stuttgart 2008.

Frau Hofers Storch, Bern Dezember 1970.

LCH Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, Disziplinschwierigkeiten gehen uns alle an! Zürich 1998.

Lehrplan 21 Kanton Bern, 2016.

Muschg, Adolf, Mitgespielt, Zürich 1969.

Rüedi, Jürg, Wie viel und welche Disziplin braucht die Schule? Bern 2011.

Winkel, Rainer. Der gestörte Unterricht, Bochum 1993, 5. Auflage.

Liselotte Lüscher ist Erziehungswissenschaftlerin und Politikerin. Als ehemalige Lehrerin kennt sie das Berner Schulwesen; seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit diesem auch wissenschaftlich und politisch. Sie promovierte zur Geschichte der Schulreform in der Stadt Bern, war Lehrbeauftragte am Pädagogischen Institut der Uni Bern und Mitglied im Berner Stadtrat.

Die Macht des Charlatans

In ihrer 1937 erstmals erschienenen Studie untersucht Grete De Francesco, wie Charlatane von der Renaissance bis ins frühe 19. Jahrhundert Menschen manipulierten. Ihr Buch, in dem sie auch zahlreiche Bildquellen auswertet, regt dazu an, genau hinzusehen, wenn Charlatane am Werk sind.

Von Martin Stohler

Charlatane gehörten in vergangenen Jahrhunderten zu den Attraktionen der Jahrmärkte. Mit Geheimrezepten und Wunderkuren versprachen sie die Heilung von verschiedenen Übeln, und mit ihren effekthascherischen Auftritten sorgten sie für Unterhaltung. Um das Publikum anzulocken, arbeiteten sie mit Seiltänzern, Feuerschluckern, Jongleuren oder Taschenspielern zusammen. Manche Charlatane traten im Gewand von Indern, Türken, Ägyptern, Tartaren oder orientalischen Magiern auf. Damit verband sich der Anspruch, Zugang zu einem geheimen Wissen zu haben, über das die universitäre Wissenschaft nicht verfügte.

Schon früh wurde die Bezeichnung «Charlatan» nicht nur für marktschreierische Quacksalber gebraucht, sondern im übertragenen Sinn auch für geistige Hochstapler verwendet. So findet sich in einem 1771 in Yverdon erschienenen Dictionnaire universel des connaissances humaines folgende Definition: «Charlatan ist derjenige, der sich rühmt, etwas zu wissen, was er nicht weiss, Fähigkeiten zu haben, die er nicht hat, und der sich Talente nachrühmt, die ihm fehlen.»

Die Kunsthistorikerin Grete De Francesco nähert sich in ihrem Buch dem Phänomen «Charlatan» auf zwei unterschiedlichen Wegen. Zum einen analysiert sie rund sechzig Gemälde und Stiche, zum andern skizziert sie die Biografien einiger berühmter Charlatane. So schaut sie etwa dem «Goldmacher» Marco Bragadino über die Schulter. Bragadino, um 1550 auf Zypern geboren, weckte mit seinen angeblichen Künsten grosse Begehrlichkeiten und führte halb Venedig an der Nase herum, bevor er sich nach Bayern absetzte. Dort versuchte er das gleiche Spiel, bis er schliesslich im April 1591 um einen Kopf kürzer gemacht wurde. Bragadino fand sein Publikum nicht auf den Jahrmärkten. Seine «Zielgruppe» waren die vornehmen Kreise, die er mit seinem aufwendigen Lebensstil und Taschenspielertricks zu beeindruckern wusste. Grete De Francesco sagt über seine Fähigkeiten: «Sicher verstand er nicht Gold zu machen, ebenso sicher verstand er es, die Menschen,

die er durchschaute, richtig zu behandeln.» Weitere Einsichten über die Art und Weise, wie der Charlatan Menschen in seinen Bann zieht, vermittelt Grete De Francesco anhand von Gemälden und Stichen. Manche von ihnen zeigen den Auftritt eines Charlatans an einem Jahrmarkt und konzentrieren sich auf dessen Inszenierung, andere wiederum beleuchten die Interaktion des Hochstaplers mit dem Publikum. Dabei wird deutlich, dass der Charlatan ganz genau weiss, dass er mit seinen Reden andere hinters Licht führt.

Denkanstösse für die Welt von heute

«Die Macht des Charlatans» ist ursprünglich 1937 im Basler Schwabe Verlag erschienen. Die Andere Bibliothek hat das Buch nun mit einem biografischen Essay von Volker Breidecker neu aufgelegt. Margarete Emilie Weissenstein, die nach ihrer Heirat mit dem Maschinenbauingenieur Giulio De Francesco den Namen ihres Mannes trug, wurde 1893 als Tochter jüdischer Eltern in Österreich geboren. Als Journalistin – für kurze Zeit arbeitete sie für das Feuilleton der Frankfurter Zeitung, von 1934 bis 1940 verfasste sie zahlreiche kunsthistorische Beiträge für die «Ciba Zeitschrift» – arbeitete sie unter mehreren Pseudonymen. Grete De Francesco lebte und forschte in verschiedenen europäischen Grossstädten. 1933 liess sie sich in Mailand nieder. Am 24. Oktober 1944 wurde sie dort von zwei SS-Männern verhaftet. In einem Nachruf heisst es, sie sei politisch nicht hervorgetreten, aber von Wien aus bespitzelt worden. Nach ihrer Verhaftung brachte man sie schliesslich ins KZ Ravensbrück. Wohl Anfang März 1945 wurde sie von dort «evakuiert» und in einem Vernichtungslager umgebracht.

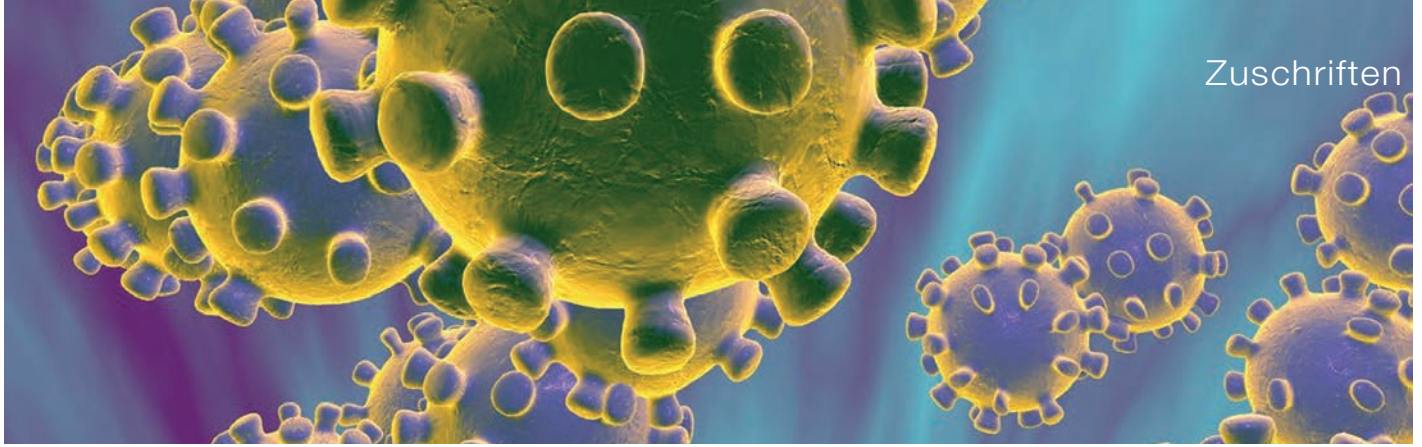
Grete De Francescos Darlegungen über die Macht der Charlatane gehen nicht über das frühe 19. Jahrhundert hinaus. Namen wie Hitler oder Mussolini sucht man daher vergeblich in ihrem Buch. Trotzdem dürfen wir annehmen, dass Grete De Francesco auch diese beiden Gross-Charlatane während ihrer kulturhistorischen Studien vor Augen hatte.

Dafür spricht, dass sie 1931 an der Berliner Deutschen Hochschule für Politik eine Diplomarbeit mit dem Titel «Das Gesicht des faschistischen Italiens» schrieb. Allerdings sollte man dieses Argument nicht überstrapazieren: Die Welt des 20. Jahrhunderts bot den Charlatanen technische Möglichkeiten, von denen Hochstapler früherer Jahrhunderte nur träumen konnten. Denkanstösse zum Verständnis der Massenwirkung heutiger Charlatane bietet das Buch nichtsdestotrotz. Etwa diesen: «Die Macht des Charlatans wird wie «der Aberglaube an dämonische Menschen» niemals aufhören zu bestehen, solange allzu leicht Gläubige, dabei noch überzeugt, die Lüge zu verabscheuen, sich danach sehnen, die Augen zu schliessen vor der ganzen Wahrheit, um sie von den bunten Bildern der halben Wahrheit gläubig und staunend zu öffnen.» Neudeutsch würden Charlatane heute «halbe Wahrheiten» als alternative Fakten präsentieren und «ganze Wahrheiten» als Fake News abtun. ■



Grete De Francesco: Die Macht des Charlatans. Mit 69 Abbildungen und einem biografischen Essay von Volker Breidecker.

Die Andere Bibliothek, Berlin 2021. 453 Seiten, im Extra-Druck circa Fr. 40.–.



Unterricht während der Pandemie

Zuschriften zur Zertifikatspflicht an den Hochschulen.

Von Johannes Gruber

Der Bundesrat hat am 8. September 2021 beschlossen, dass die Hochschulen «eine Zertifikatspflicht für den Studienbetrieb auf Bachelor- und Masterstufe vorschreiben» können. Auf dieser Basis empfiehlt der Vorstand von swissuniversities – die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen – den Hochschulen, «für alle Aktivitäten, die im Rahmen der Hochschule stattfinden, grundsätzlich eine Covid-Zertifikatspflicht einzuführen.» Viele Universitäten sind dieser Empfehlung gefolgt. Unseren Informationen zufolge werden auch für die Studierenden die Testkosten bisher in der Regel von der Hochschule übernommen, was auch zukünftig gewährleistet sein muss. Die Einhaltung der Zertifikatspflicht wird nur stichprobenhaft überprüft und die Massnahme genießt sowohl unter den Studierenden wie auch bei den Dozierenden eine hohe Akzeptanz.

Doch es gibt auch kritische Stimmen. Einen Leserinnenbrief zum Thema, der uns erreicht hat, drucken wir hier ab.

Klarstellung und Nachfrage

Der VPOD befürwortet grundsätzlich freiwilliges (!) Impfen und die im Covid-19-Gesetz vorgesehenen Massnahmen. Die Delegiertenversammlung des VPOD hat dementsprechend die Ja-Parole für die Annahme der Änderungen des Covid-19-Gesetzes verabschiedet, über die am 28. November abgestimmt wird.

Im gesamten Bildungsbereich muss das Ziel sein, den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Was die EDK in ihrer Medienmitteilung vom 22.10.21 für die Schulen schreibt, sollte auch für die Hochschulen gelten: «Die Wahl der Massnahmen ist das Resultat einer Interessenabwägung und somit der Verhältnismässigkeit. Ihr Nutzen muss die negativen Begleiterscheinungen überwiegen.» Was die Zertifikatspflicht an den Hochschulen betrifft, haben wir den Leserinnenbrief als Anlass genommen bei einem Lehrenden nachzufragen. Auch diese Antwort drucken wir hier ab.

Für ein Recht gesund zu sein, ohne es ständig beweisen zu müssen

Ich verabschiede mich von der Arbeit des VPOD, weil ich der Meinung bin, dass dieser Verband im Moment den Menschen, die er vertritt, einen Bärendienst erweist, indem er nicht nur dem Narrativ des solidarischen Impfens folgt, sondern faktisch so weit geht, indirekt das Impfen als Verpflichtung einzufordern. Klar würde der VPOD dies nie öffentlich verlangen, aber das grosse Schweigen bei der Einführung der Zertifikatspflicht an den Universitäten zeugt meiner Meinung nach von dieser Haltung. Und genau das war für mich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Meines Erachtens hätte ein Aufschrei vom VPOD kommen müssen. Warum können «nicht zertifizierte» Menschen nicht, wie im letzten Jahr so vorzüglich eingerichtet, online am Unterricht teilnehmen? Die ganze Infrastruktur ist doch vorhanden? Warum den Präsenzunterricht nicht in kleineren Gruppen abhalten? Ging doch alles über ein Jahr hinweg ganz gut... Soll diese Zertifizierung nun für immer installiert werden? Und ist sich der VPOD bewusst, was das heissen mag? Die Impfsicherheit wird jeweils für ein Jahr, die Boosterimpfung, anscheinend nur für ein halbes Jahr gültig sein. [...]

Ich vermisse in dieser Debatte kontroverse Ansichten und das Herz für Menschen wie mich, die im Gegensatz zu den platten Medienberichten über Massnahmenkritiker nicht rechtsextrem sind, sondern sich ganz einfach extrem für ihre Rechte einsetzen. Ich denke, dass heute dem Recht, Angst vor der Krankheit zu haben, sehr viel Gewicht gegeben wird. Es gibt aber auch das Recht, gesund zu sein, ohne es ständig beweisen zu müssen.

- Jutta Muff, Lehrerin

Lockdown hiesse steigende Bildungsungleichheit, hybride Lehre doppelter Aufwand

Aus gewerkschaftlicher Perspektive gilt es Folgendes zu sagen. Die Universitäten bieten generell bis auf weiteres Grattiestes an. Diese sind schnell und unkompliziert erledigt, dies kommt keineswegs einem Impfwang gleich. Die Pandemie fordert alle, sich auf irgendeine Weise an der Verhinderung des weiteren Ausbreitens zu beteiligen. Es gilt, einen neuerlichen Lockdown zu verhindern. Gerade dieser, und nicht der Grattiestest, würde das Recht auf gleiche Teilnahme an Bildung verhindern, da die ungleichen Möglichkeiten von Studierenden im Lockdown frappant sind. Beengende, lärmige Wohnverhältnisse, die jegliche Konzentration verhindern versus riesige Villen mit Hausangestellten, die für das leibliche Wohl des lernenden Nachwuchses hinreissend sorgen.

In gewerkschaftlicher Hinsicht gilt es auch die Situation der Dozierenden zu betrachten, bei vielen handelt es sich um Mitglieder des akademischen Prekariats, die sich beruflich erst noch stabilisieren müssen. Hybride Lehre ist, neben den schlechten didaktischen Qualitäten, etwas vom Aufwändigsten, Nerven- und Zeitraubendsten, was Lehre bieten kann, sie kommt einer Quasiverdoppelung des Aufwands gleich – unentschädigt. Die Situation der Dozierenden wird dahingehend schlicht nicht diskutiert, wie gesagt, es sind die wenigstens Professoren. Aber unter uns ist das schon ein Thema. Die Dozierenden sind angehalten, für Personen, die in Quarantäne stehen, eine Lösung zu suchen.

- Felix Keller,

Titularprofessor für Soziologie an der Universität St. Gallen



1. VPOD-Bildungsforum:

Digitalisierung im Bildungsbereich

Bern, 13.11.2021, 10:00 Uhr

Am ersten nationalen VPOD-Bildungsforum in Bern beschäftigen wir uns mit dem Thema Digitalisierung in der Bildung und diskutieren unsere gewerkschaftliche Position.

Nach einem Inputreferat von Dr. Matthias Stürmer, Leiter der Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit, diskutieren wir die Chancen und Gefahren der Digitalisierung und unsere gewerkschaftliche Position. Eingeladen sind alle VPOD-Mitglieder aus der ganzen Schweiz.

Die Veranstaltung unterliegt der Zertifikatspflicht.

Programm:

10:00: Eintreffen und Begrüssungskaffee

10:30: Inputreferat: Digitalisierung in der Bildung, Dr. Matthias Stürmer

11:30: Pause

11:40: Diskussion: Gewerkschaftliche Haltung des VPOD Schweiz

12:30: Kleiner Abschlussapéro

PLZ/Ort: 3013 Bern

Adresse: Kornhausstrasse 3

Lokalität: Kursaal Bern

Anmeldung unter:
<https://vpod.ch/kalender/2022/11/digitalisierung-im-bildungsbereich/>

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

AZB

P.P. / Journal
CH-8036 Zürich

Post CH AG